

# Überwindung der Parteiherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung  
der Demokratie in Freiheit und Frieden

von

Tristan Abromeit

Januar 2023

Text 177.0

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Anhang 4

Text 177.4

Verweise auf ein paar Vor-uns-Denker

und

Hinweise auf aktuelle Quellen

## Stichworte zum Inhalt Hinweise und Auszüge

### Seite

- 2 .... TA: Worum es mir geht.
- 3 .. „Freiheit“ ist die „Floskel des Jahres“ Anmerkungen zu einem Zeitungsgericht.
- 4 ... Hinweis auf das Buch „Gleiche Freiheit“ von Dieter Suhr
- 5 .... Freiheit des Denkens und der Bildung von Walter Eucken
- 6 .... Freiheit und Macht von Walter Eucken
- 7 .... Interdependenz der Ordnungen von Walter Eucken
- 8 .... Die Soziale Frage von Walter Eucken
- 9 .... Der Charakter der sozialen Frage von Eucken
- 10 .... Auszug aus Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1958 / Laudatio von Hannah Arendt und Worte von Karl Jaspers
- 21 .... Bericht der HAZ über den verstorbenen Papst Benedikt XVI. Mit Bild vom Papst im Bundestag. Anmerkungen zur Bildunterschrift „Der Maßstab von Politik muss Gerechtigkeit sein“.
- 22 .... „Religion in sozialökonomischer Sicht“, von Roland Geitmann  
Buchbesprechung
- 22 .... Die Wunderinsel / Sancho Panz und die Kunst des Regierens  
zwei Links zu Texten von mir
- 23 .... Zu den Merkwürdigkeiten im Reich der Kirche. Zwei Fußnoten aus „Was ist Eigentum“ von J. P. Proudhon
- 25 .... Aus dem Fairconomy-Newsletter: „Reichtum und Armut gehören nicht in einem geordneten Staat“ Hinweis auf Werkauswahl von Silvio Gesell
- 26 .... „Wohlstand für alle“ von Ludwig Erhard / Auszüge
- 28 .... „Währung und Wirtschaft“, Erhard, aus der Erstausgabe der Zeitschrift
- 30 .... „Versorgungsstaat / Der Moderne Wahn“ aus „Wohlfahrt für alle“
- 33 .... Zusammenarbeit von Erhard mit dem Freiwirt Otto Lautenbach
- 34 .... Vom Scheitern der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft
- 39 .... „Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag“, S. Gesell 1918
- 39 .... „Der Sinn des Wortes Freiland“ aus Gesells Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“,

- 41 .... Zwischenbemerkung zum Datei-Absturz
- 42 .... „Fragen der Freiheit“ Ordoliberalismus und Freiwirtschaft, Auszug
- 46 .... Korrespondenz mit Heinz Nixdorf / Die Zeit: interessante Spinnerei
- 48 .... Nachruf auf Dr. Ernst Winkler, Mitbegründer der ASM
- 50 .... Hinweis auf „Aufstieg oder Untergang“ von Paul Heinrich Diehl
- 51 .... Fragen der Freiheit, Folge 277 / 278 „Keine private Macht in einer freien Gesellschaft“ , Texte von Franz Böhm
- 53 .... Einführung und Übersicht über die Beiträge dieses Heftes von Fritz Andres
- 58 .... Fundstellen für die Zeitschrift „Fragen der Freiheit“
- 59 .... Ein paar Mitwirker an dem Projekt *Natürliche Wirtschaftsordnung* bzw. der *„Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“*  
Helmut Creutz / Dirk Löhr / Felix Fuders / Werner Onken / Steffen Henke
- 61 .... Link zur Zeitschrift „Humane Wirtschaft“ und  
Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Es geht hier nicht darum, zu zeigen, wie belesen ich bin. Schon die ungelesenen Bücher in meinen Regalen würden mich als Lügner ausweisen. Und es geht auch nicht darum, eine möglicherweise vorhandene Eitelkeit zu befriedigen, sondern einen Weg zu tragfähigen Aussagen zu finden, die mir helfen, nicht in Trübsal oder gar in Verzweiflung das Ende des Lebens zu erwartens, sondern, den Kindern, Enkelkindern und Urenkeln zu sagen, wo die gedanklichen Bausteine für eine bessere Welt in ihrer Wirkungszeit zu finden sind.

Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel bekam ich von einem befreundeten und pensionierten Arzt, bei dem ich im Zweiten Weltkrieg als Schuljunge einmal Babysitter gespielt habe, weil der Vater an der Front war und die Mutter dringend etwas zu erledigen hatte. Er hat neben die üblichen Wünschen seine Brierkate handschriftlich wie folgt ergänzt:

*Lieber Tristan , das Karussell der Welt dreht sich immer verrückter. Wer kennt das Ziel? Nur ein Gott kann uns noch helfen!*

Ich habe ihm geantwortet:

*Lieber C.....,*

*Herzlichen Dank für die Wünsche zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr. Ich wünsche Dir und Deiner Familie ebenfalls alles Gute, besonders Frohsinn in Zeiten, in denen eher der Trübsinn herrscht. Auf Gott zu setzen ist schwierig, denn die Menschen haben viele ersonnen. Da fällt es einem schwer, den zuständigen zu adressieren. Was wirklich die Ursache der Existenz der Welt und das Wirken in ihr ist, werden wir Menschen nie erfahren, weil unser Erkenntnisvermögen – trotz kleiner Fortschritte mit schwarzen Löchern – dazu wahrscheinlich nie ausreichen wird. Aber wer sich einen Gott vorstellen, an ihm glauben und zu ihm beten kann, der hat eine Chance sich einen Psychotherapeuten zu ersparen. Leider gibt es dafür keine Garantie, denn es gibt auch genügend Glaubensgeschädigte, die dringend einen Therapeuten benötigen.*

*Jedenfalls ist es eine unsichere Sache, wenn wir Menschen auf die Hilfe eines Got-*

tes setzen. Wenn wir Menschen nicht das Schicksal der Dinosaurier erleben wollen, dann müssen wir die Lösung mithilfe unsere Köpfe suchen. Das Dumme ist nur, unsere Köpfe sind anfällig für Irrtümer und ohne unseres Gefühlsapparates, der ein unzuverlässiger Lotse ist, geht es auch nicht. Aber was soll es? Wenn wir den letzten Atemzug gemacht haben, dann bedrücken uns die offenen Fragen nicht mehr. Aber bis es so weit ist, haben wir die Aufgabe an der Suche nach den Antworten auf die drängenden Fragen mitzuwirken, damit wir die Welt ein klein wenig besser verlassen, als wir sie betreten haben.

Es grüßt Dich und Deine Familie, Tristan

Damit habe ich im wesentlichen die Motivation für meine Bemühungen beschrieben, die zu Lasten familiärer Anliegen gehen.

Am 2. Januar 2023 las ich in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) folgende Notiz:

„Freiheit“ ist die „Floskel des Jahres“

Berlin. Kanzler Olaf Scholz hat es mit seiner Wortschöpfung „Doppelwumms“ unter die ersten fünf Plätze des negativpreises „Floskeln des Jahres 2022“ geschafft. Das teilten die Betreiber des Netzprojektes Floskelwolke, Udo Stiehl und Sebastian Pertsch (Bild), mit. Auf dem ersten Platz steht „Freiheit“. Die Sprachkritiker betonen, dass sie mit dieser Wahl nicht das Wort an sich aufspießen – sondern das Schindluder, das damit getrieben wird. Seit 2014 macht das sprach- und medienkritische Projekt auf „Floskeln, Phrasen und weitere fragwürdige Formulierungen in Nachrichtentexten“ aufmerksam.



Die Kritik an die inflationäre Verwendung des Wortes *Freiheit*, das als Füllwort und sicher auch zur Vertuschung für gegenteiliger Bestrebungen benutzt wird, ist berechtigt. Gewährt wird den Bürgern die Konsumfreiheit und die Narrenfreiheit, vorenthalten wird ihnen die haftende Gestaltungsfreiheit. Aber die gleiche Konsumfreiheit wird auch immer mehr durch die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich verhindert, die nur noch wenig mit der Leistungsgerechtigkeit zu hat. Der Narrenfreiheit werden immer mehr Zügel angelegt durch gesellschaftliche Sprachwächter und auch durch Gesetznormen, die im Fließbandtempo – nach der Vorarbeit in den Ministerien – von unseren Parlamenten fabriziert werden. Dazu

kommt die Verweigerung der haftenden Gestaltungsfreiheit, die ein Zeichen der Zentralverwaltungswirtschaft ist. Die Politik wirkt doch schon lange so, als sei ihr Auftrag, aus der BRD möglichst schnell eine DDR 2 zu machen. Die 2 steht dabei für die Verschleierung für die Entmündigung der Bürger, den rosaroten Anstrich der wachsenden Bürokratie und der milderer Ausgabe der Stasi. Auf der Rückseite des Einbandes des nachfolgend abgebildeten Buches ist zu lesen: ( <https://www.dieter-suhr.info/de/> )



*Bei den Grundrechtswissenschaftlern besteht  
noch heute die eher unbewußte als  
ausdrückliche Neigung, die Forderung nach  
Gleichheit als mit der Forderung nach Freiheit  
prinzipiell im Widerspruch zu sehen.  
Es ist also zu befürchten, daß wesentliche  
Grundlagen der wirklichen Freiheit der Menschen  
zu wenig bedacht,  
zuwenig erörtert und daher  
auch in der Grundrechtspraxis zu wenig  
verwirklicht werden.*

Diese Studie gilt daher dem Gleichheitsprinzip als  
fundamentaler Voraussetzung aller  
grundrechtlichen Freiheiten.

00000

Es folgt ein Auszug aus: **Grundsätze der Wirtschaftspolitik** von **Walter Eucken**  
*Herausgegeben von Edith Eucken-Erdsiek und K. Paul Hensel*  
*Rowohlt 31.-35. April 1961*

*b) Freiheit des Denkens und der Bildung*

Noch immer bleibt vielleicht als Reservat menschlicher Freiheit der Bereich der Religion und der Kultur. Im 17. Jahrhundert und beginnenden 18. Jahrhundert, in einer Ära politischer Unfreiheit und zugleich in der Zeit BACHS und HÄNDELS haben viele Menschen in der Musik ihre freie Entfaltung gefunden. - Ist ähnliches heute möglich? Kann sich das religiöse und geistige Leben der Expansion des Prinzips zentraler Leitung entziehen, die im Wirtschaftsprozeß beginnt?

Auch diese Frage läßt sich heute aus der Erfahrung heraus beantworten. Zwei Momente haben sich als entscheidend erwiesen.

1. Zunächst ist es die banale Tatsache, daß zur Durchführung wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Pläne meist wirtschaftliche Mittel erforderlich sind, über die die zentralen Planstellen verfügen. Um ein Buch zu drucken, muß die zuständige Planstelle das Papier genehmigen. Oder es sind Devisen nötig, um für gewisse Forschungen Apparate und Bücher einzuführen. Stets prüfen die Planstellen die Dringlichkeit des Bedarfs; und sie müssen es tun, auch wenn sie es anfänglich nicht wollen. Sie bewerten also die geistige Leistung. Soll in den Naturwissenschaften die sogenannte Grundlagenforschung oder die sogenannte Zweckforschung gefördert werden? Nicht die spontane wissenschaftliche Entwicklung kann hierüber entscheiden, nicht also der Verlauf wissenschaftlicher Diskussionen.

Denn welche Forschungsaufgaben durch Zuteilung von Baumaterialien, Maschinen, Apparaten und Hilfskräften zu ermöglichen sind, hängt von den Entscheidungen der zentralen Planstellen ab und von der Dringlichkeitsstufe, in die sie die einzelnen Vorhaben einordnen. Und so entsteht aus der Wirtschaftspolitik dieser Prägung mit sachlicher Notwendigkeit die zentrale Prüfung geistiger Arbeit.

2. Doch das Eindringen der staatlich-wirtschaftlichen Zentralstellen in diese Sphären hat noch andere, tiefere Ursachen: Um die Planziele zu erreichen, ist es nötig, die Kräfte der Menschen auf diese Planziele zu richten. Sonst kranken solche Wirtschaftsordnungen an der Selbständigkeit der Einzelnen mit ihrem Streben, die eigenen Ansichten durchzusetzen. Die Menschen müssen also dauernd davon überzeugt werden, daß es richtig ist, den Planzielen mit allen Kräften zu dienen und individuelle Pläne fallen zu lassen. Deshalb entwickelt sich regelmäßig in solchen Ländern die Propaganda für <Produktionsschlachten> - und noch mehr: In tiefgreifender <Erziehung> wird versucht, die Menschen für die Verwirklichung der zentralen Pläne zu mobilisieren.

<Die *Kunst* hat durch die Macht der Phantasie, über die sie verfügt, auf die Masse genügend starken Einfluß zu nehmen, um sie ganz eindeutig auf das vorgeschriebene Ziel auszurichten und ihre natürlichen Führer bei dieser großen Zusammenarbeit zu unterstützen> (Saint-Simon).

3. In dem Bestreben, <Gegengewichte> gegen zentrale Planstellen und ihre Machtpositionen durch Ausbau freier politischer, kultureller und rechtlicher Ordnungen zur Geltung zu bringen, kommt ein alter Gedanke in neuer Form zum Ausdruck. Es soll nämlich ein neuartiges <Gleichgewicht der Gewalten> entstehen. Nicht etwa ein Gleichgewicht von Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung und auch der Notenbank, wie es die Staaten des 19. Jahrhunderts versuchten. Wohl aber ein Gleichgewicht der vermachteten Wirtschaftsordnung zentraler Planung und freier Ordnungen in Politik, Recht und Kultur. So soll sich eine geschlossene funktionsfähige Gesamtordnung bilden.

Aber die Experimente haben in dieser Frage zwei wichtige Ergebnisse erbracht.

a) Je mehr die Freiheit der Person durch rechtsstaatlichen Schutz oder die Freiheit des Denkens und der Bildung gewahrt bleiben, um so weniger kann sich die Politik

zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses durchsetzen. Was dem einen gegeben wird, wird dem andern genommen.

Zentralgeleitete Ordnungen der Wirtschaft und freie Ordnungen des Staates, des Rechtes, der Erziehung müssen in Konflikt miteinander geraten. Es besteht eine <Kollision> der Ordnungen, ein tiefgehender innerer Widerspruch. Natürlich wird in der Geschichte immer wieder versucht, kollidierende Ordnungen zu verwirklichen - wie in den vielen westeuropäischen Experimenten nach 1945. Aber stets behindert die eine Ordnung die andere. Weil die einzelnen Ordnungen nicht aufeinander abgestimmt sind, entsteht keine funktionsfähige *Gesamtordnung*. Die Gesamtpolitik ist inkonsequent und läßt Erfolge vermissen. Ein wesentlicher Grundsatz wirtschaftspolitischen Handelns tritt hervor: *Die Ordnungsprinzipien der Wirtschaft sollten mit den Prinzipien anderer Ordnungen - z. B. Des Staates - von vornherein abgestimmt sein.* Oder, anders gefaßt: es sollten die Versuche unterbleiben, <kollidierende> Ordnungen zugleich zu verwirklichen.

b) Wird aber die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses konsequent durchgeführt - wie in Rußland seit 1928 -, so werden die Gegengewichte beseitigt. Dann ist die Gesamtordnung zwar folgerichtig aufgebaut. Aber keine Frage wird gelöst, alle Fragen werden vielmehr in neuer, erschwerter Form gestellt: die soziale Frage, das ordnungspolitische Problem, das Problem des Rechtsstaates und der Freiheit. Diese Politik bringt nicht einen <Fortschritt>, sondern *bedeutet einen Rückfall in eine überaus ungünstige Ausgangsstellung.* (S. 92 f.)

00000

#### 4. FREIHEIT UND MACHT

1. Der Geist der Freiheit hat die Industrialisierung schaffen helfen - und diese Industrialisierung ist zu einer schweren Bedrohung der Freiheit geworden. Am Anfang der Industrialisierung stand die Idee der Freiheit, und heute ist sie mehr in Gefahr als je zuvor.

Freiheit war für die führenden Geister des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts weit mehr als eine Sache der Wirtschaft und der Politik. Sie war auch nicht eine bloße Doktrin, sondern die einzig mögliche Form der menschlichen Existenz. Freiheit ist für die großen Moralisten dieser Zeit die Voraussetzung aller Moral; denn nur der frei wollende und handelnde Mensch steht vor Entscheidungen, nur er kann wirklich wählen. <Das metaphysische Hindernis aller Moral ist die Verweigerung der Freiheit> (KANT).

2. Heute sehen wir: Diese große Bewegung, die gewollte Befreiung des Menschen aus <seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit> befindet sich in Gefahr oder ist mißlungen. - Und zwar war es die wirtschaftliche Sphäre, der die Freiheit so sehr zustatten kam, aus der die Freiheit zuerst bedroht wurde. Durch die Bauernbefreiung, durch die Herstellung der Freizügigkeit, durch Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, freien Handel und Beseitigung ungezählter alter Bindungen wurden die star-

ken Kräfte der wirtschaftenden Menschen zur Entfaltung gebracht und so auch die Bahn für Technisierung und Industrialisierung geöffnet. Aber rasch entstanden jene wirtschaftlichen Machtpositionen, die die Freiheit wieder bedrohten. Ungezählte öffentliche Privilegien verschwanden zwar, aber an ihre Stelle traten schon im 19. Jahrhundert private Machtpositionen: soziale Machtkörper auf den Arbeitsmärkten und weitreichende, (*Ende Seite 122*) Herrschaftsansprüche in vielen Betrieben; Macht auf den Märkten und Macht im einzelnen Betrieb; dadurch wirtschaftlicher und sozialer Druck. Der einzelne sah sich vielfach einem großen, anonymen, übermächtigen Apparat gegenüber, auf den er angewiesen war.

Heute sind Wirtschaft, Gesellschaft und Staat von Machtblöcken, Kollektivgebilden durchsetzt, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in raschem Tempo entstanden sind. Noch mehr: Staat und Gesellschaft beruhen zum Teil auf solchen Machtblöcken. Der einzelne hat als Glied eines Kollektivs wenig Freiheit. Nur die Leiter der Kollektive sind relativ unabhängig. Die Konzernleitung gibt die Weisungen an die subordinierten Direktoren aus, und die Gewerkschaften legen die Bedingungen für die Arbeitsverträge fest, nicht der einzelne Arbeiter.

Die Freiheit des Menschen wird neuerdings noch von einer andern Seite bedroht, nämlich dann, wenn sich die wirtschaftliche Konzentration mit der Umbildung des Staates vereinigt. Hierdurch wächst die Gefährdung der Freiheit aufs äußerste. Wirtschaftliche Macht verbindet sich heute in vielen Ländern mit öffentlicher Gewalt. Von Einzelstellen wird der Alltag eines jeden registriert, geprüft, reglementiert.

Der Mensch wird ein Teilchen des anonymen staatlichwirtschaftlichen Apparates - mag er nun zur Bürokratie oder zu der andern Gruppe gehören, die von Funktionären beherrscht wird. Der einzelne Mensch wird zur Sache und verliert den Charakter als Person. Der Apparat ist Zweck, der Mensch Mittel.

3. Diese dreifache Bedrohung der Freiheit durch private Macht der Markt-Gegenseite, durch das Kollektiv und durch den Staat, der sich mit privaten Machtkörpern verbindet, macht sich in allen Ländern - wenn auch in verschiedenen Formen - geltend.

4. In der historischen Entwicklung tritt ein prinzipielles Problem zutage. Auch hier stehen wir vor einem Dilemma. Daß eine weitere Konzentration wirtschaftlicher Macht in staatlichen Händen und die unmittelbare Lenkung des wirtschaftlichen Alltages durch staatliche Zentralstellen die Freiheitssphären der Menschen mehr und mehr auslöschen, liegt offen zutage. Wie aber, wenn wieder eine <freiere> Wirtschaft hergestellt würde? Bestände dann nicht die Gefahr, daß wiederum private Machtpositionen ihre Freiheit dazu gebrauchen, um die Selbständigkeit und Freiheit z. B. von Arbeitern, Angestellten, Händlern oder Konkurrenten zu be-

schränken? *Incidit in Scyllam cupiens vitare Charybdin?*<sup>1</sup> Ist es überhaupt möglich, in der industrialisierten Wirtschaft die Freiheit der Person zu retten?

Die Stellung dieser Frage führt wiederum auf das wirtschaftliche Ordnungsproblem. Denn je nach der Wirtschaftsordnung - also je nach der Art der Wirtschaftslenkung - sind Freiheitssphäre und Selbstbestimmungsrecht der Menschen verschieden. Ob zentrale Planstellen den Wirtschaftsprozeß lenken oder ob private oder halbstaatliche Machtkörper oder ob viele Haushalte und Betriebe auf Grund eigener Pläne handeln, ist für den Umfang der freien Sphäre, in welcher der Mensch alltäglich lebt, wesentlich. Die moderne Freiheitsfrage ([Ende Seite 123](#)) hängt mit der Lenkung des modernen Wirtschaftsprozesses, mit der Frage der Wirtschaftsordnung aufs engste zusammen.

Alles spitzt sich damit auf die Frage zu: Welche Ordnungsformen gewähren Freiheit? Welche begrenzen zugleich den Mißbrauch der Freiheitsrechte? Kann die Freiheit der einzelnen so bestimmt werden, daß sie an der Freiheit der anderen ihre Grenzen findet? Sind diese Ordnungsformen in der industrialisierten Welt überhaupt anwendbar? Ein großer, wirtschaftlicher, technischer, arbeitsteilig verbundener Apparat ist heute nötig, um die Menschen zu erhalten. Ist eine Wirtschaftsordnung möglich, in der die Menschen nicht nur Mittel zum Zweck, nicht nur Teilchen des Apparates sind? Das Freiheitsproblem kann nur gelöst werden, wenn es mit der Intensität des 18. Jahrhunderts angefaßt wird.

## ZWEITER ABSCHNITT: DIE INTERDEPENDENZ DER ORDNUNGEN

1. Jedes Ordnungsstreben steht vor dem Problem, daß nicht nur der Bereich, auf den es sich richtet, sondern alle Ordnungen menschlichen Zusammenlebens heute in der ganzen Welt bis in die Fundamente erschüttert sind.

Wird es möglich sein, einen neuen gesellschaftlichen Organismus in Europa und in allen Ländern, die sich industrialisieren, entstehen zu lassen? Also wieder eine wirklich gegliederte Struktur der Gesellschaft? Wie? - Auch diese große Frage ist mit der Wirtschaftsordnung aufs engste verbunden, die entstehen wird. Die Wirtschaftsordnung ist - so wissen wir - die Gesamtheit der Formen, in denen die Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses in concreto jeweils erfolgt. Und diese Formen der Wirtschaftslenkung stehen in naher Verbindung zur Ordnung der Gesellschaft. Die Auslese der Führung vollzieht sich hier und dort anders; daraus resultiert ein anderer Charakter der Gesellschaftsordnung. Ob sie sich von unten her

---

### **1 *Incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim***

*Incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim* ("Es fällt in die Scylla, wer die Charybdis vermeiden will", d. h. aus dem Regen in die Traufe kommen), Citat aus der "Alexandreis" des Phil. Gualtier, wo es 5, 301 heißt: "*incidit in Scyllam cupiens vitare Charybdim*".

Gefunden auf [https://www.retrobibliothek.de/retrobib/kuenstler/index\\_kuenstler\\_AE.html](https://www.retrobibliothek.de/retrobib/kuenstler/index_kuenstler_AE.html)

bildet oder ob sie von oben her geformt wird, hängt auch von der Wirtschaftsordnung ab. Die einzelnen Gebilde der Gesellschaftsordnung erhalten je nachdem einen anderen Charakter: Landwirtschaftliche Genossenschaften z. B. sind in einer Wirtschaftsordnung, in der die Wirtschaftslenkung vorwiegend durch zentrale Planstellen erfolgt, Mittel, um die zentralen Pläne für die landwirtschaftliche Produktion durchzusetzen. Sie sind Werkzeuge der Zentralverwaltung, sind Instrumente übergeordneter Stellen und müssen es sein. - Etwas ganz anderes sind landwirtschaftliche Genossenschaften, die spontan durch freiwilligen Zusammenschluß der Landwirte, gleichsam von unten her, entstehen. Und zwar im Rahmen von Wirtschaftsordnungen, in denen zentrale Planstellen fehlen. Hier sollen die Genossenschaften gerade umgekehrt die selbsttätige Wirtschaftsführung der Betriebe fördern. - Entsprechendes gilt für die Gewerkschaften.

2. Mit der Französischen Revolution und mit der Industrialisierung ist auch die [\(Ende Seite 124\)](#)

Staatsbildung in eine neue Epoche getreten: Die Revolution brachte den Versuch, die Idee der Volkssouveränität durchzuführen. Sie brachte ferner den Nationalismus, die Niederlegung der ständischen Schranken, die Idee, daß die einzelnen rechtsgleichen Untertanen einem zentralistischen Staat gegenüberstehen. Und etwa gleichzeitig hat die Industrialisierung mit der Verdichtung der Bevölkerung, mit der Entstehung neuer Machtgruppen und mit der wachsenden Abhängigkeit des Staates vom störungsfreien Ablauf des überaus komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses neue Aufgaben für die Staatsbildung gestellt, deren Umfang und Eigenart erst allmählich begriffen werden. Aber die Erfahrung zeigt, daß auch dieses Problem der Staatsbildung in der verwandelten industrialisierten Welt unmittelbar zur Frage der Wirtschaftsverfassung hinführt. - Zum Beispiel: Ein Staat ist verfassungsrechtlich ein Bundesstaat mit betont föderalistischem Charakter. Im Zusammenhang mit einem Krieg ändert aber dieser Staat seine Wirtschaftsordnung. Nunmehr wird in ihm die Lenkung des Wirtschaftsprozesses so vorgenommen, daß zentrale Planstellen beauftragt sind, ihn zu dirigieren. Und zwar sind es Planstellen der Bundesregierung, da die Einzelstaaten zu klein sind, um eine eigene Lenkung durchzuführen, und der Wirtschaftsprozeß des ganzen Bundesstaates zu eng miteinander verflochten ist.

Föderalistisch bleibt zwar die geschriebene Verfassung, aber faktisch herrscht nunmehr Unitarismus. Das Leben jedes Menschen ist jetzt entscheidend von den wirtschaftlichen Zentralstellen der Bundeshauptstadt abhängig. - Durch die Wirtschaftsordnung vorwiegend zentralverwaltungswirtschaftlicher Prägung ist die Absicht der föderalistischen Verfassung, die auf Dezentralisation gerichtet war, ohne staatliche Umwälzung zunichte gemacht. - Schon aus diesem einen Beispiel ergibt sich, daß man auf die Frage, wie der alltägliche Wirtschaftsprozeß gelenkt wird oder gelenkt werden soll, auch von einer ganz anderen, nämlich von der Seite der politisch-staatsrechtlichen Gestaltung aus stößt.

Wie weit ist der <Rechtsstaat> mit den verschiedenen Wirtschaftsordnungen vereinbar? Welche Grundrechte können garantiert werden? Freizügigkeit und Gewer-

befreiheit fallen in der Zentralverwaltungswirtschaft offensichtlich weg. Welche Grundrechte bleiben? Welchen Einfluß haben private wirtschaftliche Machtgruppen in anderen, vorwiegend verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen auf den Rechtsstaat? Wieweit verdrängt das autonome Recht privater Machtgruppen, z. B. in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Industrie, Banken, Versicherungsgesellschaften, staatlich gesetztes Recht? Wie hat das <selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft> die Rechtsordnung umgestaltet? Auch diese Fragen sind in der modernen industrialisierten Welt von großer Wichtigkeit. Es ist heute unmöglich, unter Umgehung dieses Fragenkomplexes sinnvoll über die Verwirklichung des Rechtsstaates zu sprechen.

3. Man mißverstehe das Gesagte nicht. Falsch wäre die Ansicht, die Wirtschaftsordnung wäre gleichsam der Unterbau, und darauf (*Ende Seite 125*) erheben sich die Ordnungen der Gesellschaft, des Staates, des Rechtes und andere Ordnungen. Die Geschichte der neueren Zeit lehrt ebenso eindeutig wie die Geschichte früherer Epochen, daß auch die staatlichen Ordnungen oder die Rechtsordnungen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung ausüben. Nicht also eine einseitige Abhängigkeit der übrigen Ordnungen von der Wirtschaftsordnung besteht, sondern eine wechselseitige Abhängigkeit, eine <Interdependenz der Ordnungen>. Wie und in welcher Weise dies der Fall ist - das eben ist eine große Frage.

Auch zwischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung besteht diese Rückwirkung. Nicht nur formen die Methoden der Wirtschaftslenkung den gesellschaftlichen Aufbau; auch der gesellschaftliche Aufbau wirkt auf die Wirtschaftslenkung zurück. Ein fest verwurzelter, selbständiger Bauernstand z. B. setzt der Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion durch zentrale Planstellen erfahrungsgemäß einen erheblichen Widerstand entgegen. Die Bauern wollen eigene Wirtschaftspläne durchführen, und die zentrale Wirtschaftslenkung findet hier gewisse Grenzen. <Staatsverfassung>, <Wirtschaftsverfassung> und Gesellschaftsordnung bestehen jeweils in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander.

4. Diese <Interdependenz der Ordnungen> ist ein wesentlicher Tatbestand des Lebens und gerade des modernen Lebens. Ihre Erkenntnis ist eine Voraussetzung für das Verständnis aller Probleme sowohl der Wirtschaftspolitik als auch der Rechts- und Staatspolitik der Gegenwart. Es hat wenig Wert, in unbestimmter Weise davon zu sprechen, die Politik bestimme die Wirtschaft, worauf andere erwidern, die Wirtschaft bestimme die Politik. Das exakte Erkennen der Ordnungsformen und ihrer wechselseitigen Beziehungen ist nötig. Und dabei stoßen Denken und Handeln immer wieder auf das wirtschaftliche Ordnungsproblem. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß feierliche Fragen nach der geistig-seelischen Existenz des Menschen mit sehr nüchternen Fragen der wirtschaftlichen Lenkungsmechanik untrennbar verbunden sind.

## DRITTER ABSCHNITT: DIE SOZIALE FRAGE

1. Die Formen der sozialen Frage des 20. Jahrhunderts sind ganz andere als die der vorhergehenden Zeit. Sie sind aber nicht nur anders, sondern zugleich auch schwerer geworden.

<Der herrschende soziale Gegensatz unserer Zeit ist der zwischen den Unternehmern und den industriellen Arbeitern>, schrieb GUSTAV SCHMOLLER zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Er hatte durchaus recht. Die Gesellschaft zerfiel in zwei feindliche Gruppen. Die damalige soziale Frage war mehr als die Krisis auf einem Lebensgebiet. Sie vielfach wandelnd sollte sie zur Zentralfrage der Gesellschaft, der inneren Politik und der Kultur werden.

MARX hat die soziale Frage seiner Zeit mit der Kraft seiner Leidenschaft ergriffen. (Ende Seite 126) Er sah in ihr das Agens des gesetzmäßig ablaufenden Geschichtsprozesses; zugleich spitzte er sie auf einen Punkt zu: Er verband sie mit der Eigentumsfrage. Nach seiner Auffassung löst sich die soziale Frage, indem das kapitalistische Privateigentum zwangsläufig verschwindet und das gesellschaftliche Eigentum entsteht. Marx faßte also die soziale Frage und die Eigentumsfrage als eine Frage.

Faktisch gelang es während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die soziale Frage in anderer Weise, als Marx es sich vorgestellt hatte, der Lösung näherzuführen. Die Existenzbedingungen der Arbeiter hoben sich wesentlich. Der Reallohn stieg in vielen Industrieländern auf das Drei- bis Vierfache.

In erster Linie war dieses Ergebnis durch die wirtschaftlich-technische Entwicklung selbst verursacht. Je besser die Ausrüstung der Arbeiter mit Maschinen wurde, je größer also das Produkt des Arbeiters war, desto höher konnte der Lohn steigen. In gleicher Richtung wirkte die verbesserte Verkehrstechnik. - Außerdem wirkten sich der staatliche Arbeiterschutz, das Verbot der Kinderarbeit, die gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, die Fabrikinspektion, die Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität aus. Und dazu kam die Selbsthilfe der Arbeiter, die durch die Gewerkschaften die Marktformen änderten, so daß den monopolistischen oder teilmonopolistischen Nachfragern nun ebenfalls teilmonopolistische Anbieter gegenübertraten.

2. Freilich wurde die soziale Frage des 19. Jahrhunderts keineswegs ganz gelöst. Gegensätze blieben, die Unsicherheit vor allem in Krisenzeiten bedrohte weiter die Arbeiter; die zunehmende Vermachtung vor allem in Konzernen und Syndikaten kündigte bereits die neue soziale Frage an. Und zugleich hat die damalige Sozialpolitik selbst dazu beigetragen, diese soziale Frage unseres Jahrhunderts heraufzuführen.

Im Zeitalter der Experimente, also nach dem Ersten Weltkriege, erhielt die soziale Frage einen neuen Charakter. Früher war es vor allem die Ungerechtigkeit der Verteilung, welche den sozialpolitischen Eingriff des Gesetzgebers hervorrief. Jetzt rückte ein neues Problem ganz in den Vordergrund: die Unsicherheit in der Form der lang dauernden Arbeitslosigkeit von Massen. Wir dürfen nicht vergessen, daß

es diese Form der Arbeitslosigkeit in den Jahrzehnten vor 1914 nicht gegeben hat. Nun aber wurde sie zu einer Tatsache, welche die Sozial- und Wirtschaftspolitik und sogar die gesamte Politik zu beherrschen begann. Ich brauche nur an die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise zu erinnern.

Dieser neuen Form der sozialen Frage gegenüber - sagen wir: diesem zweiten Typus - entwickelte sich eine neue Sozialpolitik. Nun genügte es nicht mehr, <punktuell> einige sozialpolitische Maßnahmen alten Stils vorzunehmen. Der sozialpolitische Gesichtspunkt ergriff vielmehr die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik und die anderer Länder. Die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und die Konjunkturpolitik werden ganz in den Dienst einer Lösung der sozialen ([Ende Seite 127](#))

Frage gestellt. Dabei sind vor allem zwei Entwicklungslinien von prinzipieller Bedeutung: die Herausbildung großer sozialer Machtkörper, die das ordnungspolitische Bild der Zeit charakterisiert, und die Vollbeschäftigungspolitik, mit der man der neuen Problematik Herr zu werden sucht. Beide lösten eine mächtige Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung aus. Und zwar in Richtung auf die zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

Hiermit ist wieder eine entscheidende Wendung gegeben. Nunmehr stellt sich die soziale Frage in einer Form (dritter Typus), die wir heute tagtäglich vor Augen sehen. Der Arbeiter - und nicht nur der Arbeiter - ist von der Maschinerie des Staates und anderer öffentlicher Gewalten abhängig geworden. Aus dem Arbeitsvertrag ist in vielen Ländern ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis geworden, dessen Bedingungen der Staat festsetzt: Der einzelne Arbeiter hat nicht mehr die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Er ist der Arbeitsverpflichtung unterworfen. Die Arbeitsämter leiten ihn einer bestimmten Beschäftigung zu. Seine Lebensmittel erhält er durch zentrale Zuteilung - ebenso seine Wohnung. Im Falle der Krankheit, des Unfalles, der Invalidität oder der Arbeitslosigkeit ist er auf die staatliche Versicherung angewiesen. Ein neuer Menschentypus ist im Entstehen, die vermassten, vom Staat abhängigen Menschen. Das ganze Leben wird allmählich verstaatlicht.

Mit dieser Wendung verbindet sich die Tatsache, daß die Lenkung des Wirtschaftsprozesses schwere Schäden zeigt. Jetzt äußert sich die mangelhafte Lenkung national und international statt in Wellen der Arbeitslosigkeit in chronischer Unterversorgung breiter Volksschichten, die trotz Vollbeschäftigung unzureichend mit Konsumgütern beliefert werden. Außerdem wird durch die Ausweitung des Kreditvolumens das Geld entwertet. Es entstehen offene oder zurückgestaute Inflationen. Eine Unsicherheit - die Arbeitslosigkeit - wurde beseitigt, und eine andere Unsicherheit - die Versorgung im Falle der Erwerbsunfähigkeit, des Alters usw. - wurde durch die gleiche Politik hervorgerufen. Sobald die Lenkungsmechanik der modernen Wirtschaft nicht funktioniert, verschärft sich die soziale Frage.

Diese neue soziale Frage ist nicht nur eine industrielle Arbeiterfrage, sondern sie erstreckt sich auf sämtliche Berufsschichten - auch auf die Bauern, Handwerker, Händler und die freien Berufe. Alle sind durch diese Entwicklung bedroht.

Im 19. Jahrhundert trug die soziale Frage gleichsam privaten Charakter. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde damals ein privater Dienstvertrag abgeschlossen.

Heute hat die soziale Frage nicht privaten Charakter; was der Tatsache entspricht, daß der private Charakter des Lebens überhaupt mehr und mehr verschwindet. Das Arbeitsverhältnis ist häufig ein öffentlich-rechtliches. Ökonomisch entscheidet meist nicht mehr der Markt, d. h. nicht mehr der Tausch von Arbeitsleistung gegen Geld, sondern die Zuteilung und Zuweisung von Arbeitsplätzen und Konsumgütern, nachdem viele Länder ihre Wirtschaftsordnungen vorwiegend (Ende Seite 128) Verkehrswirtschaft in Wirtschaftsordnungen vorwiegend Zentralverwaltungswirtschaft verwandelt haben.

3. Diese Änderung der Wirtschaftsordnung wirft große wirtschaftspolitische Fragen auf. Aber das nicht allein. Auch hier zeigt sich der Zusammenhang der Ordnungen, in denen der Mensch lebt. Je stärker sich die zentralverwaltungswirtschaftliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses durchsetzt, um so mehr wird die Gesellschaft von oben her gestaltet. - Eine jede Gesellschaftsordnung hat die Gestalt einer Pyramide. Stets ist eine Führungsschicht vorhanden. Eine <klassenlose> Gesellschaft hat es niemals gegeben und kann es nicht geben. Aber diese Pyramide kann von unten her aufgebaut sein, oder aber die Spitze entscheidet darüber, wie die unteren Lagen zu ordnen sind.

Je mehr sich die Wirtschaftsordnung nach der Zentralverwaltungswirtschaft hin entwickelt, je mehr also die Funktionäre dieser Zentralverwaltung die entscheidende Führungsschicht darstellen, um so mehr verliert die Gesellschaftsordnung ihren gewachsenen Charakter. Masse besteht nicht aus einer bestimmten sozialen Schicht; sondern Masse ist ein Zustand, in dem sich Menschen aller Schichten befinden können. Vermassung vollzieht sich in besonderer Weise, wenn die Gesellschaft die Umgestaltung erfährt, von der wir sprechen.

Jeder Beruf erhält dadurch eine neue Prägung - mag es sich um Bauern, um Handwerker oder Händler, um Arbeiter oder Angestellte handeln. Nicht aus spontanen Kräften baut sich die Gesellschaft auf, sondern sie ist von oben gelenkt und in ihrer Gliederung von Weisungen abhängig, die von den Funktionären der zentralen Stellen ausgehen. Damit aber wird der einzelne Mensch im Zentrum seiner Existenz bedroht.

Der Staat spielt in diesem Geschichtsprozeß eine besondere Rolle. Und das eigenartig-zwiespältige Kennzeichen der Umbildung des Staates im 20. Jahrhundert ist die Ausdehnung seiner Macht durch vielfältige Eingriffe in den alltäglichen Wirtschaftsprozeß, während er doch zugleich zunehmend in die Hand wirtschaftlicher Machtgruppen gerät, die nicht nur seine Willensgebung entscheidend bestimmen, sondern ihm auch wichtige Bereiche seiner früheren Tätigkeit abnehmen.

4. Aus dieser Lage heraus werden die Vorschläge verständlich, durch <Dekonzentration der Planung> und durch <Aufspaltung von Kollektiveigentum> die sozialen und wirtschaftlichen Gefahren zu vermeiden, welche Zentralverwaltungswirtschaft und konzentriertes Kollektiveigentum mit sich bringen, ohne sie grundsätzlich aufzuheben. Damit haben wir uns an anderer Stelle auseinandergesetzt. Änderungen in der Technik der zentralen Lenkung und in der Verwaltung des Kollektiveigen-

tums genügen nicht. So achtenswert solche Vorschläge in ihren Motiven sind - sie verschleiern die soziale Frage der Gegenwart.

Ohne die Gewährung der notwendigen Freiheitsrechte kann es keine Lösung der sozialen Frage geben. Dann aber müssen nicht zentrale Planstellen, sondern die einzelnen Haushalte mit ihren eigenen ([Ende Seite 129](#)) Plänen den alltäglichen Wirtschaftsprozeß lenken. Während der Staat auf die Aufsicht und eventuelle Gestaltung der Formen beschränkt bleiben soll, in denen der Wirtschaftsprozeß abläuft, muß im Rahmen der Märkte, auch der Arbeitsmärkte, Freiheit bestehen. Das ist das Ziel.

5. Der Charakter der sozialen Frage hat sich total verändert. Aber die Fragestellungen, die Begriffe, die Ideen und die Programme, die heute in der Welt umgehen, stammen meist aus der vergangenen Epoche, also aus der Zeit der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts. Durch Mittel der Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts glauben die meisten Menschen, die ganz anders geartete soziale Frage der Gegenwart lösen zu können. Die Meinungen bewegen sich noch in einer Welt, die nicht mehr real ist. - Wenn ein Dampfer im Strom vorbeifährt, so schlagen die Wellen oft noch dann ans Ufer, wenn er längst entschwunden ist. Gerade dies gilt auch für die Ideen, welche die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik beherrschen. Das 19. Jahrhundert ist vergangen, aber die Ideen, die in ihm entstanden, sind noch mächtig. <Die Weltgeschichte prüft in Prima, aber die Schule sagt das Sekundapensum auf> (ALEXANDER RÜSTOW).

Ruce spricht gelegentlich davon, er strebe danach, <den Weltmoment, in dem wir uns befinden, deutlicher und unzweifelhafter, als es gewöhnlich geschehen mag, zur Anschauung zu bringen>. Wie stellt sich uns der Weltmoment dar, wenn wir ihn uns mit aller Anstrengung zu vergegenwärtigen suchen? - Die Politik des Laissez-faire hat eine weitgehende Vermachtung der Wirtschaft hervorgerufen. Die Wirtschaftspolitik der Experimente, die mit dem dadurch entstandenen Problem fertigzuwerden suchte, hat das notwendige Maß an Datenkonstanz vernichtet und zu Störungen des Gesamtwirtschaftsprozesses geführt. Die Störungen des Gesamtwirtschaftsprozesses haben die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit heraufbeschworen. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist man weithin bereit, die Freiheit einer vermeintlichen Sicherheit zu opfern. Die Folge ist eine Stärkung der allgemeinen Tendenz zur Staatssklaverei. Die soziale Frage ist heute in ihrem Kern die Frage nach der Freiheit des Menschen.

([Der Auszug endet auf der Seite 130 der Taschenbuchausgabe von den "Grundsätze der Wirtschaftspolitik" von 'Walter Eucken 1961\)](#)

00000

Es folgt ein Auszug aus:

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1958 Karl Jaspers

### **Hannah Arendt**

Laudatio Humanitas

Der Friedenspreis, zu dessen Verleihung wir uns heute hier versammelt haben, gilt - wenn ich mich auf ein Wort des Bundespräsidenten berufen darf - nicht nur dem »ausgezeichneten literarischen Werk«, sondern zugleich auch »einer Bewährung im tätigen und erlittenen Leben«. Er gilt also einer Person, und er gilt dem Werk, sofern dieses noch gesprochenes und gehandeltes Wort ist, das heißt sich noch nicht abgelöst hat von dem, der es schuf, um seinen Ungewissen, immer auch abenteuerlichen Gang durch die Geschichte anzutreten. Daher gehört zur Verleihung des Preises die laudatio, die nicht das Werk betrachtet und lobt, sondern die Person rühmen und preisen soll. ...

#### **Worte von Karl Jaspers**

„... der deutsche Buchhandel ist eine unabhängige Instanz und durch seine Leistungen seit Jahrhunderten legitimiert. ... Sie bringen Schriften heraus, weil sie wollen, daß deren Denkungsart in der Welt sei. ...“

(Unter Berücksichtigung der kapitalistischen Konzentration seit 1958 würde Jaspers heute sicher den inzwischen eingetretenen Verlust an Freiheit von Buchhändlern und Verlegern durch Verdrängung und Konkurse und den Wandel ihrer Motive – stärkere Dominanz der

Rentabilität sicher mit einbeziehen. TA)

... Wir alle wollen den Frieden, den äußeren Frieden, daß kein Krieg sei und ...

Dieser Friede ist nur möglich als Weltfriede. Heute aber treten die großen farbigen Völker auf, die an Menschenzahl und Bodenschätzen durch ihre schnell fortschreitende Technisierung in wenigen Jahrzehnten dem Abendland überlegen sein werden. Heute ist ferner eine neue, erst im technischen Zeitalter möglich gewordene Staatsform, die totale Herrschaft, entstanden. ...

... Diese Weltpolitik kann nur Erfolg haben unter Voraussetzungen, die jeder in sich selbst, die wir im eigenen Staate verwirklichen. In dem Maße, in dem wir dies tun, dürfen wir hoffen, daß die anderen uns entgegenkommen. ...

... Nicht von der Friedenspolitik als Weltpolitik möchte ich sprechen, sondern von diesen Voraussetzungen. Erstens: Kein äußerer Friede ist ohne den inneren Frieden der Menschen zu halten. Zweitens: Friede ist allein durch Freiheit. Drittens: Freiheit ist allein durch Wahrheit.

### *1. Kein äußerer Friede ohne den inneren*

Friede ist nicht Kampflösigkeit. Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. ...

... Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frieden der Staaten. ...

### *2. Friede allein durch Freiheit*

Der innere Friede der einzelnen Menschen und des einzelnen Staates ist durch Freiheit. Weil nur Freiheit zum Frieden fähig ist, sagte Kant: Nur Staaten mit »republikanischer Regierungsart« können den Frieden schließen, der kein bloßer Waffenstillstand, sondern ohne Vorbehalt als Dauer gemeint ist. Unter republikanischer Regierungsart verstand Kant nicht eine Staatsform (wie Monarchie, Aristokratie, Demokratie), sondern die Regierungsart der Freiheit,

die wir heute Idee der Demokratie nennen. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer technischen Verfassungsform, die vermeintlich einmal als die richtige gefunden und identisch übertragbar wäre. ...

... Äußere politische Freiheit kann auch ein despotischer Staat haben. Eine freie demokratische Verfassung kann auch ein Volk innerlich unfreier Menschen haben. Freiheit beginnt als Freiheit des einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Im Ganzen dieser drei Momente ist Freiheit wirklich. Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: »erst Friede, dann die Freiheit« täuscht. ...

... Auch die Demokratie als Verfassungsform ist noch keineswegs Freiheit. ...

### *3. Freiheit allein durch Wahrheit*

Freiheit aber ist nicht aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Freiheit ist leer, wenn nicht die Wahrheit gemeint ist, der sie entspringt und der sie dient. ...

... Wahrheit liegt nicht zuerst im Inhalt, sondern in der Weise, wie dieser gedacht, aufgezeigt und diskutiert wird: ...

... In der gesamten politisch freien Welt ist Unwahrheit unsere größte Gefahr. Wir dürfen nicht behaupten, daß die sogenannte freie Welt heute wirklich frei sei. Sie hat vor der totalen Herrschaft nur den Vorzug dieser Chance, frei zu werden. ...

... Die Idee der Demokratie - der republikanischen Regierungsart - droht verlorenzugehen in einer formal werdenden Demokratie, die zu einem Mittel von Manipulationen von Politikern und Wirtschaftsinteressenten entartet.

Wir dürfen auch nicht behaupten, daß der Wirtschaftszustand der freien Welt in Ordnung sei. Die moderne Wirtschaft, die ihrer Herkunft nach expansiv ist, muß sich in ihrer Struktur und ihrem Ethos

von Grund aus wandeln, wenn die Expansion an der Enge der endgültig verteilten Erde ein Ende gefunden hat. ...

... Der Marxismus erwartet Arbeitslosigkeit und Hunger, bei denen nichts übrigbleibt als die totale, terroristische Planwirtschaft. Gegen diese Erwartung hilft nicht die Unwahrheit des gedankenlosen Optimismus, es werde mit der Expansion in grenzenlosem Fortschritt schon weitergehen. ...

... Der Prozeß von Produzieren und Konsumieren, selbständig geworden, baut nicht mehr eine Welt, in der der Mensch zu Hause ist, läßt keine Dauer haltbarer Güter zu. ...

... Voraussetzung dieses Treibens wird ein Menschentypus, dessen Dasein sich verzehren läßt in diesem quantitativ zu steigenden Produzieren und Konsumieren, in einem Leben zwischen der träger werdenden Arbeitslust und der leerer werdenden Freizeit, mit einem Selbstbewußtsein, das auf dem Prestige beruht, durch Anschaffungen und ständige Neuanschaffungen auf möglichst hoher Ebene dieses ständig zerstörenden Produktionsprozesses mitzuleben. ...

... Wir Deutsche insbesondere haben unsere Wahrhaftigkeit als Voraussetzung des Friedens zu gewinnen. ...

... Leistung allein genügt nicht. Die Hauptsache ist damit noch gar nicht geschafft. Der Stolz auf die Leistung trügt. Er darf nicht ablenken vom Wesentlichen. ...

... Die Idee der Demokratie verlangt die Fühlung der Staatsmänner mit dem Volke. Ohne das ist Demokratie nur als parteiliche Vorbereitung und als Manipulation der Abstimmungen da. Einem freien Volke aber liegen gemeinsam mit den Regierenden die Leitbilder und die Vorstellungen und Ideen offen. Diese sind gedanklich ausgeprägt und haben Bestand durch die eingeübte Denkungsart und die ständig bewegte Teilnahme der Bevölkerung an den Entschlüssen.

2. Wahrhaftigkeit verlangt das gemeinsame Grundwissen von der Herkunft unserer Lage aus dem Wilhelminischen Deutschland, über dessen Sturz zur Demokratie des Kollapses und zum Nationalsozia-

lismus. ...

3. Wir sind dieselben Deutschen im Westen wie im Osten. Unsere politische Freiheit ist nicht unser Verdienst, die Unfreiheit im Osten ist nicht Schuld der Deutschen dort. Uns hier ist die Freiheit vom Sieger geschenkt, den Deutschen dort die totale Herrschaft aufoktroziert. Beide Regime haben ihren Grund im Willen der Besatzungsmächte. ...

... Aber nur wenn wir wissen, daß wir die Demokratie bisher allein als Verfassungsform äußerlich, noch keineswegs als Wirklichkeit der demokratischen Idee innerlich in unseren Herzen und Köpfen haben, ist die Möglichkeit da, daß wir Demokraten werden.

4. Wo die neue politische Konzeption noch ausbleibt, da herrschen zum Ersatz der Vergangenheit entnommene Fiktionen. ...

... Daß das Rassenbewußtsein der Farbigen gegen die Weißen in wenigen Jahrzehnten oder schon früher das Abendland vor die Frage stellt, sich als Ganzes solidarisch zu behaupten oder verschlungen zu werden, macht unseren politischen Nationalismus verderblich. Gewicht hat allein die dringend ersehnte Konföderation der abendländischen Staaten, ob groß oder klein. Alle sind als einzelne klein.

5. Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens.

Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.

Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staats republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben. Der Kampf würde durch politische Argumente stattfinden und durch die Glaubwürdigkeit der politischen Persönlichkeiten. So würde das Volk nicht mehr düpiert. Aufhören

würde das Ungenügen an den Parteien, die durch eine winzige Schicht von Parteipolitikern die Regierung des Landes fast wie ein Fremdkörper an sich genommen haben. Bei den Wahlen verschwände das Gefühl des Zwangs, zwischen zwei Übeln unwillig wählen zu müssen. Die Oppositionspartei würde ein mitwirkender Faktor eigener Verantwortung. Von beiden Seiten würden die politischen Probleme aus der Sache entwickelt, nicht wahltaktisch konstruiert. ...

... Die Neugründung unseres uralten deutschen Selbstbewußtseins liegt in der Gemeinschaft vorkonstitutiver Substanz, in der Sprache, im Geist, in der Heimat. Aus dieser Substanz entspringt die je besondere staatliche Aufgabe, heute auch in der Bundesrepublik. ...

... Die Staaten sind territorial gebunden, die Völker nicht. Überall wird es Engländer, Chinesen, Deutsche, Juden usw. geben. Und im Laufe von Generationen können selbst Völker durch einzelne ihrer Glieder sich ineinander verwandeln. Das bisherige Ausbleiben eines verbindenden apolitischen Selbstbewußtseins und daneben als etwas anderes eines politischen Staatsbewußtseins ist unser deutscher Schmerz. ...

... Es gibt Skeptiker, die zu wissen meinen, daß nichts wahr ist. Sie halten sich für Realisten. Sie sind Pessimisten, die am Ende nur Unheil und Zufall sehen und alles, was darüber hinaus gedacht wird, für Utopie halten. Es gibt die These: Die Menschen sind nun einmal so, sie waren immer so, sie können nicht anders werden. ...

... Niemand weiß, was die Welt im Ganzen ist, wohin sie geht. Die Reinheit dieses Nichtwissens ermöglicht erst, was wir Wahrheit nennen oder Vernunft oder Gottesdienst. ...

... Das Politische ernst nehmen als das Schicksal, an dem jeder, durch Tun oder Nichttun, mitwirkt! Im Politischen aber die Wahrhaftigkeit uneingeschränkt erstreben und erkämpfen! Wahrheit kann uns den inneren Frieden bringen. Sie kann uns in den bevorstehenden Prüfungen die Pflichten und Rechte unserer winzigen Machtstellung zeigen. ...<sup>2</sup>

---

2 Es lohnt beide Texte in voller Länge zu lesen. Ich habe die Auszüge schon einmal an anderer Stelle genutzt.

<https://www.friedenspreis-des-deutschen->

[buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958\\_jaspers.pdf](https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958_jaspers.pdf)

<https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/1950-1959/karl-jaspers#:~:text=Der%20Stiftungsrat%20w%C3%A4hlt%20den%20Philosophen,Die%20Laudatio%20h%C3%A4hlt%20Hannah%20Arendt.>



„Der Maßstab von Politik muss Gerechtigkeit sein“: Der deutsche Papst hält am 22. September 2011 eine beeindruckende Rede im deutschen Bundestag. Foto: HERBERT KNOSOWSKI/DPA

Bild aus einem Bericht der HAZ vom 2. 1. 2023 aus einer Serie vom verstorbenen Papst Benedikt XVI.

Das ist ein symbolträchtiges Bild und verweist auf zwei Institutionen hin, die dafür zuständig sind, dass der Maßstab der Gerechtigkeit immer wieder geeicht werden. Dabei kann man – am Ergebnis gemessen – daran aber zweifeln, dass die Vertreter beider Institutionen für diese Aufgabe geeignet sind. Die Frage nach der Gerechtigkeit stellt sich nicht nur in der Ökonomie, aber überwiegend. Der Frieden in den Völkern wie zwischen den Völkern hängt in der Hauptsache davon ab, ob die Beziehungen zwischen den Menschen und Menschengruppen, die wir Völker, Gesellschaften oder Staaten nennen gerecht gestaltet werden. Die

Arbeit für die Gerechtigkeit ist also Arbeit für den Frieden. Wer hier fördernd eingreifen will hat es nicht leicht, die richtige Spur zu finden, die zum Ziel führt. Die Wegweiser, die man auf dem Weg zum Ziel findet, weisen nicht immer in die richtige Richtung. Auch stehen die Eigeninteressen der Institutionen den Lösungen für die Gesamtheit der Menschen, für die sie die Verantwortung übernommen haben, im Weg. Jeder wer sich hier auf dem Weg macht, muss seine eigene Spur finden und folgen. Ich will hier nur ein paar Anregungen geben.

Als erstes verweise ich auf Dr. Roland Geitmann, erwar Professor an der Verwaltungshochschule in Kehl. Ich hat vor längerer Zeit die Ehre, ihn im Markt der Möglichkeiten auf den Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf auf das Anliegen der Geld- und Bodenreformer hinzuweisen. Später wirkte er auch im Verein *Mehr Demokratie* mit. Ich fand SGW Rundbrief ( [www.cgw.de](http://www.cgw.de) ) 22/3 vom Okt. 2022 einen Beitrag Beitrag der hier hinpasst.

## Religionen in sozialökonomischer Sicht

Körners Christliche Sozialökonomie ist Teil eines zweibändigen Werkes über Religionen in sozialökonomischer Sicht. Die Autoren sind Roland Geitmann (Band 1) und Christoph Körner (Band 2). Geitmann war in der BRD vor der Wende von 1989/90 in verschiedenen Bürgerbewegungen für Frieden, nachhaltige Ökologie und gerechtes Wirtschaften engagiert. Körner engagierte sich entsprechend als evangelischer Pfarrer in der DDR und gestaltete dann auch maßgeblich die Reformbewegungen der ausgehenden DDR mit. Nach 1990 bis zum Tod von Roland Geitmann im Jahr 2013 sind dann beide Personen im vereinigten Deutschland Seite an Seite für das Recht aller Menschen auf faire, friedvolle und demokratische Teilhabe an Natur(ressourcen) und in der Ökonomie eingetreten. Insofern bietet dieses zweibändige Werk auch einen vergleichenden Einblick in Aspekte der Geschichte beider damaligen Teile Deutschlands und der ersten Jahrzehnte nach

der Wiedervereinigung. Beide Personen gelten als die führenden Vertreter einer Gesellschaftskritik, die sich aus der Verbindung von sozialökonomischen Weisheitsschätzen in Religionen und Überzeugungen der Freiwirtschaftsbewegung speist.

*Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen* bietet Aufsätze und Vorträge von Roland Geitmann (1941-2013), mit denen er die Standpunkte in Judentum, Christentum und Islam zum Umgang mit Grund und Boden sowie mit Geld herausstellt und deren Aktualität durch die Verbindung dieses Gedankengutes mit sozialökonomischen Theorien der Freiwirtschaft u.a. des Silvio Gesell (1862-1930) aufzeigt. Bedacht werden die heiligen Texte der drei genannten Religionen, einschlägige Verlautbarungen von Vertretern dieser Religionen und gesellschaftliche Gestaltungen in den drei Kulturbereichen. Roland Geitmann hat die religiösen Traditionen in Verbindung mit der Freiwirtschaft auch mit der Anthroposophie verbunden, so dass

auch diesem Gebiet seines Wirkens ein Kapitel gewidmet ist.



Roland Geitmann: *Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen*, Verl.: Religion & Kultur, Zell a. Main 2016

(Paperback, 239 S., Format 15,8 x 20,5 cm; ISBN 978-3-933891-28-0; 20,00 EUR)

00000

Jetzt ein Auszug aus meinem Text

Ergänzungen zu:

**Die Wunderinsel Barataria /**

Sancho Panza und die Kunst des Regierens

von Michael Stolleis in Humane Wirtschaft 01/2019 S. 12 bis 17

geschrieben im Februar 2019 von Tristan Abromeit

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/161.%20Utopien.oder.Modellanalysen.pdf>[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/157.Ist.die.Freiwirtschaft.am.Ende.pdf>

*>>Zu den Merkwürdigkeiten im Reich der Kirche, auf die Starbatty hinweist, gehört auch ihr Verhältnis zum Bodenrecht, das J. P. Proudhon in zwei Fußnoten in seinem Buch „Was ist das Eigentum“ schildert:*

„Es wäre ein interessantes und ausgiebiges Thema, die Schriststeller der Reihe nach zu betrachten, die über den Wucher geschrieben haben oder, wie sich einige zweifellos euphemistisch ausdrücken, über den Kapitalzins. Die Theologen haben von jeher den Wucher bekämpft: da sie aber immer die Legimität des Pacht- und Mietzinses zugestanden und da die Identität des Mietzinses und des Darlehns aus Zinsen klar zu Tage liegt, haben sie sich in ein Labyrinth von Subtilitäten und Unterscheidungen verirrt, daß sie schließlich gar nicht mehr wußten, was sie über den Wucher denken sollten. Die Kirche, die Herrin der Moral, ist in ihrem verblendeten Stolz über die Reinheit ihrer Lehre, in einer beständigen Unwissenheit über die wahre Natur des Eigentums und des Wuchers verblieben: sie hat sogar durch den Mund ihrer Pontifizes die kläglichsten Irrtümer darüber verkündigt. Non potest mutuum, sagte Benedikt 10. locationi ullo pacto comparari »Die Einrichtungen von Renten, meint Boffuet, ist eben so weit vom Wucher entfernt wie der Himmel von der Erde«. Wie will man mit derartigen Ansichten Darlehen aus Zinsen verdammen? Wie will man vor Allem das Evangelium rechtfertigen, das doch den Wucher in aller Form untersagt? Daher ist die Mühe der Theologen auch grenzenlos: da sie den evidenten Beweisen der Nationalökonomien, die mit Recht den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellen, Nichts zu erwidern wissen, wagen sie nicht mehr den Kapitalzins zu beurteilen und es bleibt ihnen Nichts übrig als zu erklären, daß — da doch das Evangelium den Wucher verbietet — doch wohl etwas Wucher sein muß. Aber was ist denn eigentlich der Wucher? Nichts ist vergnüglicher, als diese Lehrer der Nationen zwischen der Autorität des Evangeliums, das, wie sie sagen, nicht umsonst gesprochen haben kann, und der Autorität der ökonomischen Beweise hinundherschwanken zu sehen; meiner Meinung nach erhöht Nichts den Ruhm dieses Evangeliums mehr, als diese alte Untreue seiner angeblichen Lehrer. Salmafius, der den Kapitalzins dem Mietzins gleichstellte,

wurde durch Grotius, Pussendors, Burlinaqui, Wolf, Heineccius widerlegt; und was das Merkwürdigste an der Sache ist, Salmasius sah seinen Irrtum ein. Anstatt aus dieser Gleichstellung des Salmasius zu schließen, daß jedes Eigentum widerrechtlich sei und von da aus zu dem Beweise der evangelischen Gleichheit zu gelangen, zog man grade den entgegengesetzten Schluß daraus: nämlich daß, da der Pacht- und Mietzins nach dem Urteil der ganzen Welt gestattet ist, und wenn man zugiebt, daß sich der Kapitalzins in Nichts davon unterscheidet, es gar Nichts mehr gäbe, was man mit dem Namen Wucher belegen könnte und folglich das Gebot Jesu Christi eine Täuschung, ein Nichts wäre, das man ohne Gottlosigkeit nicht zulassen dürfe. Wäre mein Buch zu Bossuet's Zeiten erschienen, so hätte der große Theologe durch die heilige Schrift, die Kirchenväter, die Tradition, die Konzile und die Päpste bewiesen, daß das Eigentum göttliches Recht sei, der Wucher dagegen eine Erfindung des Teufels; und dies ketzerische Werk wäre verbrannt und der Autor in die Bastille gesteckt worden.“ (*Fußnote S. 214 /215 im Original*)

»Ich verkünde das Evangelium, ich lebe vom Evangelium« sagte der Apostel, womit er bezeichnen wollte, daß er von seiner Arbeit lebe: der katholische Klerus hat es vorgezogen vom Eigentum zu leben. Die Kämpfe der Gemeinden im Mittelalter gegen die Äbte und Bischöfe, die großen Eigentümer und Herren, sind bekannt: die päpstlichen Exkommunikationen nicht weniger-, die zur Verteidigung der kirchlichen Privilegien erlassen wurden. Selbst heutzutage behaupten die offiziellen Organe des gallikanischen Klaus noch, daß die Besoldung des Klerus keine Staats-Gehalte, sondern vielmehr eine Entschädigung für das, was er einst besitzen und was ihm der dritte Stand im Jahre 89 entrissen hatte. Der Klerus will lieber seinen Unterhalt dem Eigentumsrecht als der Arbeit verdanken.

Eine der größten Ursachen des Elends in Irland sind die ungeheuren Einkünfte des anglitanischen Klerus. Ketzer wie Orthodoxe, Protestanten, Papisten, haben sich also Nichts vorzuwerfen: alle haben in gleicher Weise in der Gerechtigkeit geirrt, alle haben das achte Gebot verkennt: Du sollst nicht stehlen.“ (*Fußnote S. 218 / 219 im Original*) <<

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/161.%20Utopien.oder.Modellanalysen.pdf>

Die Kirchlichen Auseinandersetzungen spiegeln sich auch wider in den Büchern von Johannes Kleinhappl eines des 5 hinterlassenen Werke laute „*Christliche Wirtschaftsethik*“ Hrsg. Ernst van Loen. Ein Band seines Widersachers, Oswald von Nell-Breuning lautet „Den Kapitalismus um-

biegen“.

000000000000

1.1.2023

## **FAIRCONOMY-Newsletter Nr. 85, Dezember 2022**

E-Mail: [inwo@INWO.de](mailto:inwo@INWO.de)  
<https://www.inwo.de/>

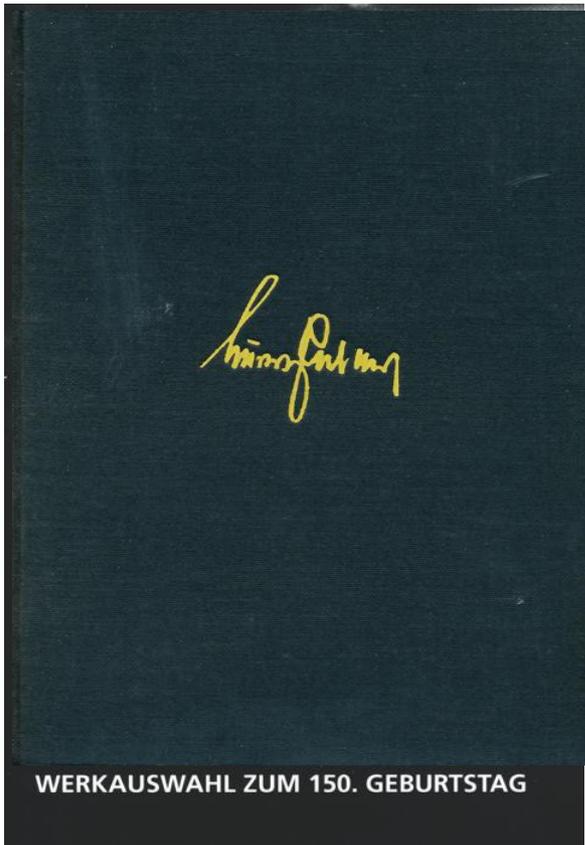
### **5. Worte... zum Schluss**

Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Volkswirtschaft und des Staates. Auf der Währung ist die Volkswirtschaft aufgebaut. Löhne, Gehälter, das Kreditwesen, das Kapital der Gläubiger (Hunderte von Milliarden), alles steht und fällt mit der Währung. Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten.

*Silvio Gesell, Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung – Denkschrift an die Nationalversammlung (1919), zitiert nach „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“, Leseprobe 6, S. 91.*

Mit freundlichen Grüßen  
Vlado Plaga und Mitstreiter

00000



„Das Geld ist die Grundmauer der Kultur. Diese alles überragende Bedeutung des Geldes sagt uns aber auch, was es bedeuten würde, wenn diese Grundmauer einmal versagte. Alles, was darauf gebaut wurde, stürzt dann wieder in sich zusammen.“ (1920)

„Immer und immer wieder unterbrach die ungelöste Währungsfrage den Aufstieg der Menschheit. Babylon, Athen, Rom gingen an der ungelösten Währungsfrage zugrunde. Und wie das blühende Mesopotamien würde sich auch Europa wieder in eine Wüste verwandeln, falls wir – wie jene Völker – uns als unfähig erweisen sollten, die verborgenen Mängel unserer Währung zu erspähen und zu beseitigen.“ (1924)

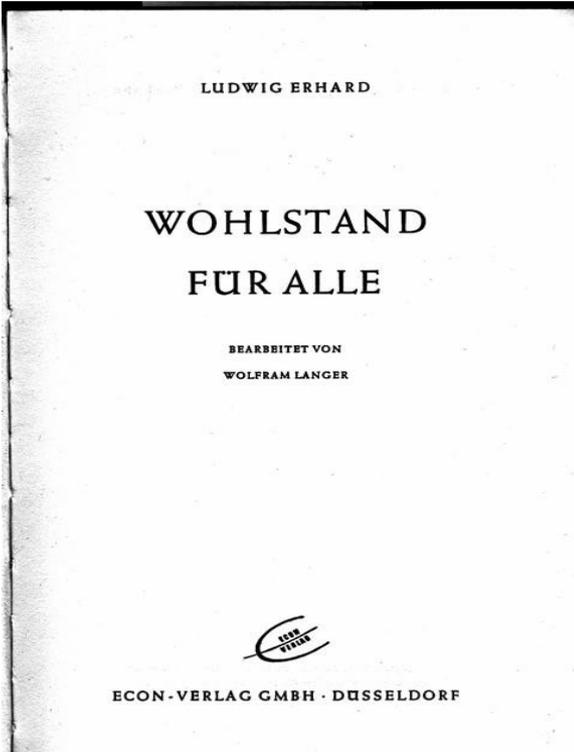
„Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde zu lösen, wird die Regierung von links nach rechts und von rechts nach links pendeln. Und jeder Pendelschlag wird nur die Verwirrung, die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren.“ (1929/30)

Silvio Gesell (1862–1930) lebte als Kaufmann und Sozialreformer in Deutschland, Argentinien und in der Schweiz. Wirtschaftliche Krisen gaben ihm Anregungen, über Auswege aus Arbeitslosigkeit, Inflation und Deflation sowie aus ungerechten Verteilungsverhältnissen nachzudenken. Reformen des Geldwesens und des Bodenrechts bildeten den Kern seiner ordnungspolitischen Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum Kommunismus. Sie sollte Freiheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden und dem Bürger- und Völkerfrieden dienen.

Zu seinem 150. Geburtstag am 17. März 2012 erscheint diese Zusammenstellung von Zitaten aus seinen Gesammelten Werken. Sie soll die Wissenschaften und die Zivilgesellschaft anregen zu überprüfen, was eine Weiterentwicklung von Gesells Denksätzen zur Überwindung der gegenwärtigen Krisen auf den internationalen Finanz-, Immobilien- und Rohstoffmärkten beitragen könnte.

ISBN 978-3-87998-462-6

VERLAG FÜR SOZIAL ÖKONOMIE



Es folgt ein Auszug aus „Wohlstand für alle“

*1. Kapitel*

## DER ROTE FADEN

Geraume Zeit, bevor ich das Wirtschaftsressort in der ersten westdeutschen Bundesregierung übernahm, legte ich auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone Ende August 1948 in Recklinghausen dar, daß ich es für abwegig halte und mich deshalb auch *weigere, die hergebrachten Vorstellungen der früheren Einkommensgliederung neu au/leben zu lassen*. So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, daß ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und *breitere Schichten* unseres Volkes *zu Wohlstand zu führen vermag*. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die *alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden*.

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch *endlich das Ressentiment zwischen „arm“ und „reich“ überwunden* werden konnten. Ich habe keinerlei Anlaß, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie *bestimmt* heute wie damals *mein Denken und Handeln*.

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, daß der wirtschaftliche Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommt, und daß alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung kommen.

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird - im besten *Sinne des Worts* - *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt* und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden.

Wir dürfen über dem sich ausweitenden Konsum *die Mehrung der Pro-*

*duktivität der Wirtschaft nicht vergessen. Dabei lag am Anfang dieser Wirtschaftspolitik das Schwergewicht auf der Expansion der Wirtschaft, um zunächst einmal das Güterangebot überhaupt zu steigern und auch auf diesem Wege dem Wettbewerb laufend Auftrieb zu geben. Vor allem galt es, der wachsenden Zahl von Arbeitssuchenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. ... (Seite 7 f.)*

TA: In dem nachfolgenden nochmals wiederholten Satz wird Erhards marktwirtschaftlich und antikapitalistische Haltung sichtbar.

***„Er allein führt dazu, daß der wirtschaftliche Fortschritt allen Menschen, im Bsonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugutekommt, und daß alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung kommen.“***

Dieser Hinweis erschließt sich nicht ohne weiteres jedem Leser. Aber das liegt daran, dass die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet werden.

Marktwirtschaft ist ein System des dezentralen Leistungsaustausches. Der Kapitalismus ist eine Überlagerung der Marktwirtschaft, die den Kapitalinhaber in den Stand setzt, ohne Leistung Teile des Leistungseinkommens ohne Arbeit auf sich zu übertragen. Die Hebel sind bei diesem Vorgang: a) das Bodenrecht – die Nutzung unserer Erde, auf die alle Menschen den gleichen Anspruch haben, aber bei dem der Knappheitspreis (Die Bodenrente) nur einer Minderheit zugutekommt; b) das heutige Geldsystem, das in seiner Tauschfunktion nicht neutral ist, sondern dem Leistungserbringer eine nicht unmittelbar sichtbare Last aufbürdet und c) das Patentrecht, das eigentlich nur die Leistung des Erfinders schützen soll, aber in der Hauptsache den ökonomischen Wettbewerb durch Marktmacht verfälscht. (Auch zu diesem Thema ist Walter Eucken ergiebig. ***(Fortsetzung auf der übernächsten Seite.9)***)

00000

## WÄHRUNG und WIRTSCHAFT

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber

LUDWIG ERHARD / ERVIN HIELSCHER / MAX SCHONWANDT

unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

### GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Die-

sem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an, sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugutekommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“, sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z.B. über „Inflation und Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleicherweise in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundfragen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden

zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch so scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an den engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

*Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt  
Otto Lautenbach / Max Schönwandt*

Hier übernommen aus:

Drei Fragen:

Sind Bankkaufleute Mörder?

Sind Banken Geldfälscherbanden?

Haben Bankkauffrauen und -männer eine falsche Ethik?

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.1%20Bankkaufleute%20Haupttext.pdf>

00000

Fortsetzung von der Seite 28

Hier noch ein Kapitel aus „Wohlfahrt für alle“ von Ludwig Erhard

*12. Kapitel*

VERSORGUNGSSTAAT—  
DER MODERNE WAHN

Bei jeder Äußerung zu dem Thema „Soziale Sicherheit“ laufe ich Gefahr, daß mir die Überschreitung meiner Zuständigkeiten vorgeworfen wird. Wenn ich dazu also nicht so sehr als Wirtschaftsminister, denn als Wirtschaftspolitiker spreche, so ist es doch für den Kenner der Materie selbstverständlich, daß im Gefüge einer sozialen Marktwirtschaft auch der Wirtschaftsminister allen Anlaß hat, sich um die weitere Gestaltung unserer Sozialpolitik zu bekümmern. Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird.

Wer diese Problematik zu Ende zu denken bereit ist, wird auch die *Fragwürdigkeit* einer allzu *engen Zuständigkeitsbegrenzung* begreifen. Eine ressortmäßige Abkapselung wäre überhaupt nur dann vertretbar, wenn das Handeln und Verhalten all derer, die die ökonomischen Verhältnisse beeinflussen, von einer gleichen geistigen Schau aus bestimmt wäre, wenn sie die Ordnung, welche die soziale Marktwirtschaft verkörpert sehen möchte, vorbehaltlos bejahen würden. Es müßten also — kurz gesagt — alle an einem Strange ziehen.

Ich habe zu wiederholten Malen betont, daß ich die persönliche Freiheit für unteilbar halte. Aus solcher Gesinnung heraus bin ich 1948 darangegangen, alle wirtschaftlichen Unfreiheiten systematisch abzubauen und deshalb muß ich, ebenso wie ich meinen Teil zur Befreiung des deutschen Menschen beigetragen habe, einen entsprechenden Beitrag auch für die übrigen Lebensbereiche verlangen. *Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung* kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch *im Sozialen Leben* der Nation ein *Höchstmaß an Freiheit*, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. [70]

Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d. h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten „Sozialen Marktwirtschaft“ bietet. Auch muß auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden: Tatsächlich sind um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.

Damit soll nicht geleugnet werden, daß eine auch noch so gute Wirtschaftspolitik in modernen Industriestaaten *einer Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen* bedarf. Andererseits aber gilt der Obersatz, daß jede wirksame soziale Hilfe nur auf der Grundlage eines ausreichenden und wachsenden Sozialproduktes, und das bedeutet eben einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu ermöglichen ist. Es muß daher im ureigensten Interesse jeder organischen Sozialpolitik liegen, eine zugleich expansive wie

auch stabile Wirtschaft sicherzustellen und Sorge zu tragen, daß die Prinzipien, nach denen diese Wirtschaft geordnet ist, erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.

Da die Größenordnungen, in denen sich über die Sozialhaushalte die Einkommensübertragungen vollziehen, keineswegs mehr als eine Quantité négligeable gelten können, sondern einen gewichtigen Faktor im Verteilungsprozeß der Wirtschaft ausmachen, besteht heute eine sehr enge Interdependenz zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Die volkswirtschaftlich *neutrale und autonome Sozialpolitik* gehört daher der *Vergangenheit* an; sie muß vielmehr einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik aufs engste abgestimmt ist. Die Sozialpolitik darf der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht indirekt Abbruch tun und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht widerstreben wollen.

Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine *gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite* zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche *Freiheit* und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie *Feuer und Wasser*.

Auf andere spezielle Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird im Laufe der folgenden Ausführungen noch eingegangen werden. Hier sei lediglich angemerkt, daß eine Sozialpolitik, die etwa das Bemühen um die Stabilerhaltung der Währung kein vordringliches Anliegen bedeutete, *größte Gefahren* für die Sicherung der *sozialen Marktwirtschaft* heraufbeschwören müßte.

Nachdrücklich muß dieser Gefahr entgegengewirkt werden. In dieser Auseinandersetzung scheiden sich die Geister mehr als in jeder anderen Frage. Die einen wähnen, daß das Wohl und das Glück der Menschen in irgendeiner Form *kollektiver Generalhaftung* begründet liege und daß man auf diesem Wege, an dessen Ende natürlich immer die Allmacht des Staates steht, fortschreiten müsse. Das ruhige und bequeme Leben, das man damit ansteuern will, wird vielleicht nicht allzu üppig, aber dafür um so gesicherter sein. Diese Form des Lebens und Denkens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Konstruktion des sogenannten Wohlfahrtsstaats. Auf der anderen Seite aber ist das natürliche *Streben* des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu denken, nicht aus der Welt zu schaffen - so sehr man sich auch indirekt bemüht, das menschliche Gewissen ertönen zu wollen.

Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie *übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit* im sozialen Bereich erschalle. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und

jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, daß, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, *in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat*. Das Prinzip heißt dann: Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich! Die Blindheit und *intellektuelle Fahrlässigkeit* mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. ... (S. 256 f.f.)

Ende Zitate Ludwig Erhard aus „Wohlstand für alle“.

Wenn man das liest, was ich hier von Erhard zitiert habe und was vorher im Geleit zur Zeitschrift *Währung und Wirtschaft* zu lesen ist und was ich aus anderen Quellen noch zur Kenntnis genommen habe, dann ist es vollberechtigt, wenn ich sage, dass der Inhalt der Begriffskombination *Soziale Marktwirtschaft* im Vergleich mit dem Inhalt von heute, verloren gegangen ist. Begriffsinhalt was ihr am Beginn der BRD zgedacht war, nur noch eine leere Worthülse ist. Der gegenwärtige politisch werbende Bezug auf diesen Begriff ist lügenhaft.

In dem **Geleitwort zu der Zeitschrift *Währung und Wirtschaft*** wird auf die Mitwirkung von Otto Lautenbach hingewiesen. Es muss eine gute Übereinkunft zwischen Erhard und Lautenbach bestanden haben. Lautenbach war die treibende Kraft bei der Gründung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*. Die Gründung dieser Gemeinschaft wurde in den Jahresversammlungen des Freiwirtschaftsbundes 1951 und 1952 vorbereitet. Der Tagungsband trägt den Titel „*Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft*“ und beim zweiten Band lautet der Titel „*Das Programm der Freiheit*“. Die Autoren des Bundestages 1951 des Freiwirtschaftsbundes waren Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach.

Ernst Winkler hat später auf rund 120 Seiten das Zusammenwirken und die Differenzen zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten beschrieben. Die letzte mir bekannte Veröffentlichung dieses Textes erfolgte in der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ Heft 273/4 im Jahr 2006. Der Außentitel lautet „Ordo-liberalismus und Freiwirtschaft. Die Zeitschrift wurde vom Seminar für Freiheitliche Ordnung herausgegeben. Im Tagungsband von 1952 „Programm der Freiheit“ werden als Autoren ausgewiesen, Ernst Winkler, Franz Böhm, Fritz

Hellweg, Wolfgang Frickhöffer, Georg Strickrodt und Otto Lautenbach. Das Presseecho in der BRD war beachtlich.

Zu der nachfolgenden Gründungsversammlung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) hat sich Ludwig Erhard wie folgt geäußert:

„Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard* hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Weiter heißt es dann:

„Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineintragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen.“

Die Gründung der ASM war nach meinem Kenntnisstand großartig, aber der Verfall oder die Fehlentwicklung begann schon bevor die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft ausformuliert war. Wenn ich so darüber nachdenke, kann ich folgende Ursachen benennen:

1. Die Zusammenarbeit von Ordoliberalen wurde beendet, weil die Ordoliberalen nicht einsehen konnten das der Marktwirtschaft die faulen kapitalistischen Zähne gezogen werden müssen, wenn sie voll zur Wirkung kommen soll.
2. Die Mitglieder der CDU und FDP hatten in der großen Mehrheit nur eine oberflächliche Vorstellung davon, wie die Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft zu beschreiben sind. Das hat sich bis heute nicht geändert. Die Folge war, dass sich jene Mitglieder in

den Parlamenten, Regierungen und Gremien breit machen konnten, die den Kapitalismus aus eigenen Nutzungsüberlegungen befürworteten oder weil sie ihr Vermögen, das durch die örtliche Lage oder andere Umstände vom Krieg verschont wurde, nicht durch Abgaben gefährden und den kapitalistischen Zuwachs nicht verhindern wollten. Es gab aber auch genügend Parteimitglieder und Wähler, die sich nicht vorstellen konnten, dass die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus keine Synonyme sind.

Ludwig Erhard war daher in Bezug auf die Gestaltung ein begnadeter politischer Solotänzer, der auch seine Bewunderer unter den politischen Mitwirkern und den Wählern hatte, die ihm aber nicht den machtpolitischen Raum zu geben vermochten, die ihm seine ökonomischen Tanzfiguren nach eigenen konsequenten Vorstellungen aufs Parkett zu legen.

Für die Mitglieder von politischen Parteien und ihren Wählern, die sich unverdient Linke nannten und nennen, weil sie bis die besten Stützen des Kapitalismus waren war doch das, was die ASM-Leute wollten schon deshalb Teufelszeug, weil aus ihrer Sicht der Begriff Marktwirtschaft in die falsche Richtung der Lösungen ökonomischen Probleme wies. Die SPD hat sich erst halb herzlich zur Marktwirtschaft bekannt, als sie entdeckte mit der sozialen Sicherung in Form von Zwangskollektiven ihren Hang zur Ausweitung des Staatsbetriebes zulasten der Gesellschaft der Freien<sup>3</sup> frönen zu können. Diese Kennzeichnung einer politischen Ausrichtung, darf aber nicht als einen einmaligen Akt oder eine programmatische Aussage verstanden werden, sondern muss als ein schleichender Prozess. Das staatliche soziale Sicherungssystem konnte als antikapitalistisch „verkauft“ werden, obwohl es dem Kapitalismus nicht anhaben konnte und kann. Dass das staatliche soziale Sicherungssystem eine Teilentmündigung der Arbeitnehmer ist, wird bis heute nicht wahrgenommen. Genossenschaftliche Sicherungssysteme, die nicht der politischen Allmacht unterliegen können nach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gestaltet werden und sind wahrscheinlich kostengünstiger als die heutigen Zwangskollektive.

Diese Hinweise auf die Widersprüche zwischen dem politischen Selbstverständnis und den tatsächlichen Wirkungen der handelnden politischen Funktionsträger und ihren Wählern sollte nicht als Herabsetzung von Personen verstanden werden. Letztendlich können die Mitglieder einer Gesellschaft sich nur vor die Schäden durch falsche Vorstellungen dadurch schützen, das sie ihr Denken einen offenen Wettbewerb mit Andersdenkenden aussetzen, statt die

---

<sup>3</sup> Ein Begriff, der von Franz Oppenheimer, dem Lieblingslehrer von Ludwig Erhard, geprägt wurde.

eigenen Überlegungen in Ideologien erstarren zulassen. Nicht nur die Herrschaft der Minderheit ist ein Übel, sondern auch die der Mehrheit.

00000

Ich trage jetzt nach, was ich eigentlich auf der Seite 25 zu „**5. Worte... zum Schluss**“ schon aus dem Band 10 von „Silvio Gesell /Gesammelte Werke / 1916 - 1919“ einfügen wollte: wollte.

An die Nationalversammlung zu Weimar

Unter Berufung auf die beiliegende Denkschrift wendet sich der Freiland-Freigeld-Bund an die Nationalversammlung mit der Bitte, unverzüglich, ehe das Unheil weiter um sich greift, die Regelungen der heute schon vollkommen zerfahrenen Währungsverhältnisse in die Hand zu nehmen.

Wir verlangen zunächst:

1. Die Obhut über die Reichswährung wird einem zu gründenden, der Oberaufsicht der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Kammern, sowie der Gewerkschaften unterstellten *Reichswährungsamt* übertragen.
2. Dieses Währungsamt benutzt als Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs den von den Handelskammern und Gewerkschaften fortlaufend zu ermittelnden Durchschnittspreis der Waren. Diese Ermittlung bildet die Grundlage für die angestrebte „*Absolute Währung*“, die den Zustand des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage bezeichnet.
3. Das Währungsamt wird, in Übereinstimmung mit der Quantitätslehre, Geld einziehen, so oft und solange die Warenpreise aufwärts streben und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und solange die Warenpreise eine Neigung nach unten zeigen.
4. Ausdrücklich wird dem Währungsamt bei der Bemessung des Geldbedarfs jede Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Reichskasse, der Banken, auch der Reichsbank, sowie auf den Zinsfuß untersagt. Auch darf das Reichswährungsamt keinerlei Bankgeschäfte betreiben, die zu Beziehungen zu Privatpersonen führen.

5. Als Verfahren zu Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren wird dem statistischen Amt die sogenannte Indexzahlenmethode vorgeschrieben.

6. Das Reichswährungsamt setzt das von ihm auszugebende Papiergeld im Wege der Versteigerung durch Rückkauf von Reichsanleihen in Umlauf. Diese Papiere werden der Reichsschuldenverwaltung zur Vernichtung überwiesen.

7. Das Einziehen von überschüssigem Papiergeld erfolgt durch Verkauf von Reichsanleihen an den Meistbietenden, zu welchem Zweck ein Teil der unter 6 erwähnten Reichsanleihen als Rücklage zurückbehalten wird.

8. Das Reichswährungsamt hat für die Erneuerung des Papiergeldes Sorge zu tragen.

9. Betriebsgewinne und -Verluste werden auf das Reich übertragen.

10. Das Reichswährungsamt geht bei der Erfüllung seiner Aufgabe ohne Rücksicht auf Gewinne oder Verluste vor.

11. Um die jetzt in großem Maßstab gehamsterten und für die Währung bald bedrohlich werdenden Banknotenmassen dem Umlauf zu entziehen, dürfte zur Zeit der unter 7 bezeichnete Weg nicht zum Ziel führen. Darum soll eine besondere *Währungsanleihe* aufgelegt werden, und um dieser das Hamstergut zwangsweise zuzutreiben, wird der Umtausch der heutigen Banknoten gegen eine besondere einmalige Geldsteuer auf Banknoten angeordnet.

12. Um die mit dem internationalen Zusammenbruch der Goldwährung zur brennenden Frage gewordene Regelung der Valuta im Sinn der in der Denkschrift gemachten Vorschläge herbeizuführen, soll das Nötige für die Einberufung eines internationalen Währungskongresses veranlaßt werden.

Wenn jemand im Reich verantwortlich zu nennen ist für den Zusammenbruch, so ist es in erster Linie die Reichsbank. Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Volkswirtschaft und des Staates. Auf der Währung ist die Volkswirtschaft aufgebaut. Löhne, Gehälter, das Kreditwesen, das Kapital der Gläubiger (Hunderte von Milliarden), alles steht und

fällt mit der Währung. Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten. Und das tat die Reichsbank, gleich vom ersten Kriegstage an. Durch die Massenaufgaben von Banknoten wurde dem im Krieg stehenden Volk Reichtum und Wohlstand vorgegaukelt, durch die mit der Notenausgabe möglich gewordene allgemeine Preistreiberei wurde eine Umschichtung fast des gesamten Nationalvermögens bewerkstelligt. Dieses Vermögen entglitt den Händen der Gläubiger in die ihrer Schuldner, was bei diesen zu einer plötzlichen Vermehrung ihres Einkommens und zu mancherlei Verschwendung führte. Der Kriegsgewinn ist eine Frucht der allgemeinen Treiberei, zu der die Reichsbank die Triebkräfte gab. Solche Preistreibereien mit dem dazu gehörigen Wucherspiel kann man mit Banknoten zu jeder Zeit in beliebigem Umfang fortsetzen.

Diese Preistreibereien aber sind es gewesen, die die innere Front zermürbten, und die jetzt noch ihre aufregende Wirkung nicht eingebüßt haben. Die Unzufriedenheit der Festbesoldeten, die Streikpolitik der Arbeiter sind Ausfluß der Preistreibereien, eine Tat der Reichsbank. Die Politik der Reichsbank muß letzten Endes auf den dort immer noch spukenden und in den Köpfen der Bankmänner, wie erscheint, unausrottbaren *Goldwahn* zurückgeführt werden. Wie die Reichsbank vor dem Kriege sich in ihrer Diskontopolitik niemals nach den Warenpreisen, sondern immer nur nach dem Goldbestand richtete, so auch nach Kriegsausbruch, nach der gesetzlichen Sperrung des Reichsbankschatzes. Daß jetzt mit den 37 Milliarden zu viel Geld in Umlauf gesetzt wurde, erkennt die Reichsbank nicht am Stand der Warenpreise (sie führt überhaupt keine Warenpreisstatistik), sondern ausschließlich am Stand ihrer ungesetzlich kleinen Goldreserven. Würde man heute durch Beschlagnahme allen goldenen Zierrates die Dritteldeckung wieder vervollständigen, so hätte die Reichsbank überhaupt nichts mehr an unseren Währungsverhältnissen auszusetzen. Hätten wir Goldbergwerke im deutschen Reich gehabt, so würde die Reichsbank ganz bestimmt darauf hingearbeitet haben, den Kohlenbergwerken oder der Landwirtschaft die Arbeiter zu entziehen, um durch Goldgräberei die zu ihrer Massennotenausgabe angeblich unentratbare Dritteldeckung zu gewinnen – wenigstens stände solche Handlungsweise ganz im Einklang mit ihrer während des Krieges betriebenen Jagd auf die Goldmünzen. Jetzt, wo so viele Wahngelbe in Scherben liegen, ist auch die Zeit gekommen, das älteste und gefährlichste dieser Gebilde zu Grabe zu tragen. Wir müssen anstelle der Reichsbank<sup>4</sup> ein vollkommen selbständiges Reichswährungsamt bilden und für die Notenausgabe einen ganz neuen

---

4 Die Reichsbank war zu dieser Zeit noch eine Aktiengesellschaft. (TA)

Maßstab schaffen, der uns zu allen Seiten, auch im Kriege, als sicherer Leitstern dient – und das kann nur die in der Denkschrift behandelte absolute Währung sein.

*Berlin*, am 10. April 1919.  
Hochachtungsvoll  
Freiland-Freigeld-Bund.

(TA) Es folgen auf den Seiten 150 bis 267 die Denkschrift mit zeitbedingten und sachlichem Hintergrundwissen.

Entnommen: Silvio Gesell / Gesammelte Werke / Band 10 / 1916 – 1919. Es war 1919 und auch 1929 das sichere Wissen für eine Währung mit einem Geld, das eine stabile Kaufkraft ermöglichte vorhanden. Die sozialökonomische Zerstörung der Weimarer Republik durch die Inflation und am Ende durch die Deflation geht eindeutig zulasten der Parteien und den Wirtschaftswissenschaften. Und offensichtlich nimmt die Politik und die Wissenschaft eine Neuauflage dieses Dramas in Kauf.

00000

„Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag“

„Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: ‚Nie wieder Krieg‘, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen:

Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen.

Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.“

*Silvio Gesell* (1918)

Gesammelte Werke Bd. 10, Seite 349 <sup>5</sup>

---

5 Hier hat Gesell nicht die Inflation im Blickfeld, sondern die sinkende Rentabilität nach einer Zeit der

## Der Sinn des Wortes Freiland

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche, aufgehoben werden.
2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altange-sessene dieser Erde.
3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkung zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landes-grenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.
4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke „englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum" usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die „englische Kohle", das „amerikanische Erdöl" und das „deutsche Kali".
5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.
6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter

---

Vollbeschäftigung, die dann eine Deflation auslöst.

die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.

7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.

8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzulegen suchen, werden geächtet, in Bann getan, und für vogelfrei erklärt.

9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

*Silvio Gesell in "Die natürliche Wirtschaftsordnung", Auflage von 1946 Seite 92*

00000

### Zwischenbemerkung zum Datei-Absturz

Vermutlich weil ich zu müde war oder die Konzentration nachgelassen hatte, habe ich es fertiggebracht, das die Datei mit dem Text 177.2 abgestürzt ist und sich auch nach einem Reparaturversuch nicht mehr öffnen ließ. Ich habe mithilfe von Teil-texten den Text 177.2 rekonstruiert. Dabei sind einige Teil-Texte verloren gegangen, weil nicht gesondert erfasst waren. Das ist insofern nicht tragisch, als ich hier ja keinen geschlossenen Beitrag liefere, sondern nur Stichworte und Textauszügen die Neugierig machen sollen und zum eigenen Forschen der Leser anregen.

Es stand von Anbeginn der Fertigung der Textreihe für mich fest, dass ich keinen Katalog von Büchern oder Lehrsätzen liefern wollte, der Kenntnis man haben muss, wenn man zu den hier gestreiften Themen mitreden oder als kundig gelten will. Zu solch einen Versuch würde mir das Wissen und das Talent und die Geduld fehlen.

Was mich aber trotz der Pannen beim Anfertigen dieser Text-Collage antreibt, weiterzumachen, ist, dass wir Frieden und Wohlstand gewinnen könnten, wenn wir nur weniger als ein Tausendstel des Aufwandes, den wir für den Bau und die Erfor-

schung des militärischen Bereichs, für den der Behebung der Fehler in der Ökonomie ausgeben würden, um ein Stück den Frieden in Freiheit näherzukommen.

Ich trage nicht aus Vergnügen oder aus Besserwisserei die Textquellen zusammen, sondern ich möchte meinen Seelenfrieden in der Restlaufzeit meines Lebens nicht dadurch verlieren, dass ich meine Einsicht, dass unsere heutigen Parteien sich genauso als Versager erweisen, wie jene, die die Weimarer Republik in den Konkurs getrieben haben und dadurch Hitler die Startbahn gebaut haben. Ich habe dabei nicht die Hoffnung, dass meine Bemühungen irgendetwas bewirken, sondern nur die Genugtuung verleihen, dass die Aussichtslosigkeit meines Anliegens mich nicht zur Kapitulation zwingen konnte.

Ich füge diesem Anhang 177.2 zum Haupttext 177.0 noch vier Hinweise mit und ohne Auszüge und einen Link hinzu, um dann in zwei oder drei Anhängen auf Themen oder Personen Franz Oppenheimer, Damaschke / Henry George und das Thema „Grenzen des Staates“ einzugehen.



#### FREIHEIT ODER?

Notizen über die Geschichte  
der Freiwirtschaftsbewegung und ihren  
Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“  
Eine Denkschrift für Otto Lautenbach  
Erstveröffentlichung unter „Freiheit?“ 1980  
als Sonderdruck der Fragen der Freiheit  
- ein Auszug -

#### IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Nach dem totalen Zusammenbruch war das deutsche Volk bereit und willens nicht nur zum Neuaufbau der Ordnung, sondern zum Aufbau einer grundsätzlich neuen Ordnung aus der Einsicht oder zumindest dem unbestimmten Gefühl, daß die alte Ordnung schon vor dem Regime des Nationalsozialismus entscheidende Strukturfehler hatte. Hieraus erklärt sich die außerordentlich starke Resonanz auf die freiwirtschaftlichen Appelle und Vorschläge für „Neuordnung“ und „Neue Ordnung“.

Aber das deutsche Volk war vorerst nicht Subjekt, sondern nur Objekt von Entscheidungen. Daher trafen die direkten Aktionen des Freiwirtschaftsbundes, insbesondere seine Eingaben und Denkschriften vor der Durchführung der Währungsumstellung vom 20.6.1948 bei den deutschen Stellen auf die resignierte Auskunft, die Alliierten hätten sich die wesentlichen Entscheidungen selbst vorbehalten und es sei für alle diese Vorschläge zu spät - *nach* diesem kritischen Termin auf eine bereits eingeleitete Entwicklung mit zum Teil falscher Weichenstellung. Trotzdem ließ Otto Lautenbach in der Fortsetzung des eingeschlagenen politischen Weges sich keinen Augenblick entmutigen oder irre machen. Er entwickelte im Namen des Freiwirtschaftsbundes weitere wichtige Initiativen zur Ausgestaltung und besseren Fundierung der „*Sozialen Marktwirtschaft*“ mit taktisch geschickter Anknüpfung an das Neoliberale Wirtschaftsmodell.

(S.56)

## 1. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, *Walter Eucken*, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lau-

tenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnte, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurde. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Verwirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll. Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:  
( D-57)

#### A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;
2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;
3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;
4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);
5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;
6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;
7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

#### B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.
2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.
3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

(S. 58)

#### C. Die humanitäre Ergänzung

Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:

Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegen gewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „wider-gelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen.

Die Freiwirte fordern dagegen durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:

gen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.gen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.1)

(S. 59)

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriteri-

um für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

## 2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

### 2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

#### a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank'schen Eisenwerke AG, Adolfshütte), des Rechtswesens

(S. 60)

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke).

Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5.1953 und 18.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953). ...

00000

In dem Heft der *Fragen der Freiheit* 242 vom Januar - März 1997 mit dem Haupttitel "Boden- und Ressourcenbesteuerung" habe ich einen Nachruf für Dr. Ernst Winkler von

Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heinitz gefunden. Ein Bild von ihm ist auch beigelegt. Ich bringe gleich den Nachruf ohne die lange Liste der Beiträge, die Ernst Winkler für die Fragen der Freiheit geliefert hat. Aber vorher noch folgender Hinweis:

Im Februar 2003 habe ich den nachfolgend benannten Beitrag ins Netz gestellt:

**Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion  
für Krieg und (Bürger-)Frieden  
ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen**

Im Anhang II ( <https://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.2%20Zeit%20Anhang%20II%20Nixdorf.pdf> ) habe ich den Artikel von Nina Grunenberg über Heinz Nixdorf (DIE ZEIT / Nr. 33 /84) und meine Korrespondenz mit Nina Grunenberg und Heinz Nixdorf einfügt. Nina Grunenberg hatte geschrieben:

Interessante Spinnereien

Einen Hinweis auf das, was ihn zum Ticken gebracht hat, verraten der Name und das Werk eines Mannes, der ihm während seines betriebswirtschaftlichen Studiums zum Aha-Erlebnis wurde: Silvio Gesell, ein heute längst vergessener Sozialrevolutionär, der 1919 der ersten Räterepublik Bayerns als Volksbeauftragter für Finanzen diente und dessen volkswirtschaftliche Lehre ideologisch zwischen der sozialen Marktwirtschaft und dem liberalen Sozialismus liegt.

Aus der Lektüre seines Hauptwerks „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1949 zum letzten Mal erschienen) wurde der Student Nixdorf mit Ideen bekannt, die in der Volkswirtschaftslehre als „interessante Spinnereien“ gelten.

Besonders das Postulat Gesells, Geld nicht als Wertaufbewahrungsmittel und persönliches Eigentum zu betrachten, sondern als Verpflichtung, Arbeitsplätze zu schaffen und Leute in Lohn und Brot zu bringen, muß auf Nixdorf einen tiefen Eindruck gemacht haben. Es berührte ein Schlüsselerlebnis: die Arbeitslosigkeit seines Vaters, eines kleinen Reichsbahnangestellten, im Jahre 1931.

Heinz Nixdorf war gerade sechs Jahre alt und hatte noch vier Geschwister, die ernährt werden wollten. In der Erinnerung malt sich auf seinem Gesicht heute noch die „Bestürzung“ ab, die er damals empfunden hat: „Ich wußte noch nicht was Arbeitslosigkeit ist, aber ich habe mich immer gefragt, warum mein Vater nicht zur Arbeit gehen kann.“

Was noch zu dem Vorgang zu berichten wäre, kann an der benannten Stelle nachgelesen werden. Mir kommt es hier auf den Hinweis an, dass ich damals Dr. Ernst Winkler gebeten habe, Nixdorf mit geeignetem Material zur Freiwirtschaftsschule zu versorgen. Das hat er auch gemacht, wobei ich nicht weiß, was er auf dem Postweg gebracht hat. Halt! Der letzte Halbsatz entsprach nur meiner aktuellen Erinnerung. Ich habe nachgeschaut und lese in

einem eingekopierten Teil der

„zeitschrift für sozialökonomie / 69. Folge / Juni 1986“ / DOKUMENTATION  
„Heinz Nixdorf, ein Pionier des elektronischen Zeitalters - Zum Tode  
einer ungewöhnlichen Unternehmerpersönlichkeit“

...

Offensichtlich hat Heinz NIXDORF als erfolgreicher Unternehmer und reifer Mann aufgrund neuerer Informationen nochmals die Inhalte der Freiwirtschaftsschule, die ihn in jungen Jahren zum erfolgreichen Tun inspiriert haben, durchdacht, denn am 12. Juni 1985 schrieb er mir:

„Die Ratlosigkeit der Politiker von heute macht die Arbeiten von Silvio GESELL immer moderner.“ ...

1. E. WINKLER. Was heißt „sozial“ in der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Fragen der Freiheit, Heft 118/1975.,
2. Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung, Boll 1980 (Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 7325 Boll),
3. E. WINKLER, Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 62/1984.

Die angeführten Schriften müssen dann die Unterlagen sein, die Nixdorf erhalten hat.

Auf der nächsten Seite folgt dann der Nachruf für Dr. Ernst Winkler.



Dr. Ernst Winkler

Nachruf für

Dr. Ernst Winkler

Am 26. November 1996 starb in Pullach bei München Dr. Ernst Winkler im Alter von fast 92 Jahren. Das Seminar für freiheitliche Ordnung verliert mit ihm einen Freund und Mitstreiter, der über Jahrzehnte hinweg seinem engsten Initiativ-

kreis angehörte und von dem maßgebende Impulse für seine Entwicklung ausgingen.

Ernst Winkler ist geboren und aufgewachsen in Weißenbrunn bei Kronach und verbrachte einen weiteren Teil seiner Jugend in der Nähe von Günzburg. Erste Fächer seiner Neigung waren Mathematik und Physik, die er auch in Erlangen und München studierte. Außerdem beschäftigte er sich während seines Studiums mit der Philosophie und folgte damit einem Interesse, das ihm sein Leben lang erhalten blieb. Von seinen Fähigkeiten her wäre eine Universitätslaufbahn vorgezeichnet gewesen, die er ursprünglich auch anstrebte. Doch konnte er sich aufgrund seines Freiheitssinnes und seines Strebens nach klaren Linien mit den Intrigen seiner Lehrer bei der Assistentenbestellung nicht abfinden. So verließ er die Universität und trat in den Schuldienst ein. Sein erstes Lehramt übernahm er in Münchberg in Franken. Bald wurde er jedoch an ein Münchner Gymnasium berufen und fand in München und der näheren Umgebung dann auch seinen Lebensmittelpunkt. Er schrieb Lehrbücher und beteiligte sich intensiv an der Lehrerbildung, nicht nur in den erlernten Fächern, sondern auch in Psychologie und Pädagogik. Er war ein umfassend gebildeter Gelehrter, brillant in Wort und Schrift. Unter seinen Kollegen war er beliebt, weil er trotz seiner anerkannten Fähigkeiten - auch in seiner schulleitenden Stellung - bescheiden und stets hilfsbereit blieb; seine Schüler schätzten ihn, auch wenn sein Unterricht höchste Anforderungen an sie stellte.

Ernst Winkler kam in seinem Leben an eine wichtige Weichenstellung durch die Begegnung mit Dr. Paul Diehl, einem Kollegen am Gymnasium, dem er freundschaftlich verbunden war. Diehl war schon lange von der Bedeutung der freiwirtschaftlichen Lehre Silvio Gesells überzeugt und hatte deshalb seinen Freund immer wieder auf diese Wirtschaftstheorie hingewiesen - so lange und offenbar so nachhaltig, daß Winkler schließlich den Entschluß zu einer Widerlegung faßte, ein Vorhaben, das allerdings anders ausging, als er zunächst selbst gedacht hatte. Denn bei dem Versuch, Widersprüche in den Grundannahmen und den Folgerungen der Geldtheorie Silvio Gesells aufzudecken, erkannte und anerkannte er schließlich die innere Konsistenz und auch die Tragweite dieser Gedanken und war zum Schluß von ihrer Richtigkeit überzeugt, ja von ihrer Bedeutung beeindruckt. Resultat dieser Auseinandersetzung war das Buch »Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung«, in dem Winkler die Freiwirtschaftslehre vor allem auch aus dem Gesichtspunkt des Mathematikers untersucht hatte.

Dabei blieb es jedoch nicht. Winkler gehörte nicht zu denen, denen das Wissen genügt. Er schloß sich nach dem Krieg der wiedererstandenen Freiwirtschaftsbewegung an und engagierte sich in ihr an vorderster Stelle. Er gehörte zu den Mitbegründern und zum Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), einem Zweckbündnis von Freiwirtschaftlern und Neoliberalen, dem auch so prominente Persönlichkeiten wie Alexander Rüstow, Franz Böhm und nicht zuletzt - als Ehrenmitglied - Ludwig Erhard angehörten. In dieser verheißungsvollen und

durchaus einflußreichen Initiative bekam jedoch nach dem Tode ihres eigentlichen Motors Otto Lautenbach die neoliberale Seite das Übergewicht, ohne daß es gelungen war, ihr die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse im notwendigen Maße nahezu zu bringen. Als sich daher abzeichnete, daß die Kapitalismuskritik der Freiwirtschaft in der Aktionsgemeinschaft nicht mehr erwünscht war, schied auch Winkler aus dem Vorstand aus.

Winkler hat seinen Lehrern und Mitstreitern Diehl und Lautenbach zwei Darstellungen gewidmet, in denen er die Lebensbilder und das Wirken dieser beiden für ihn so bedeutungsvollen Persönlichkeiten kenntnisreich, verständnisvoll und einfühlsam nachgezeichnet hat. Obwohl Winkler selbst sicher einer der kompetentesten Vertreter der Freiwirtschaftslehre war, lag es ihm nicht, sich in den Vordergrund zu drängen. Es war ihm vielmehr ein Anliegen, das Wirken und die Verdienste ihm nahestehender Persönlichkeiten zu würdigen und im rechten Lichte erscheinen zu lassen. Aus diesem Bedürfnis heraus ist die Schrift »Freiheit?« entstanden, eine Denkschrift für Otto Lautenbach, in der er 26 Jahre nach dessen Tod die »Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur Sozialen Marktwirtschaft« sowie die Verdienste Otto Lautenbachs dargestellt hat. Und aus ähnlichen Motiven ist auch die Broschüre »Aufstieg oder Untergang« entstanden, in der er ein unvollständig gebliebenes Manuskript und andere Schriften seines Freundes Paul H. Diehl nach dessen Tod veröffentlicht hat in dem sicheren Bewußtsein, damit nicht nur einen nicht mehr ausgesprochenen Wunsch seines Freundes zu erfüllen, sondern zugleich den an einer Weiterentwicklung einer freiheitlichen Ordnung interessierten Lesern wesentliches mitteilen zu können.

Von Anfang an gehörte Winkler dem Freundeskreis an, aus dem das Seminar für freiheitliche Ordnung und die »Fragen der Freiheit« hervorgegangen sind. Auf den Tagungen des Seminars war er meist als Referent, für die »Fragen der Freiheit« war er mit vielen Beiträgen als Autor engagiert. Die am Schluß dieser Würdigung aufgeführte Liste seiner Beiträge in »Fragen der Freiheit« zeigt, daß es ihm dabei nicht nur um die Wirtschaftstheorie ging, sondern auch um sozialphilosophische und weltanschauliche Fragen. Als Mathematiker und Physiker war er von den Umwälzungen, die diese Wissenschaften in unserem Jahrhundert erfahren haben, in hohem Maße fasziniert. Die Konsequenzen, die sich daraus für ein modernes Weltbild ergeben, haben ihn sein Leben lang und besonders wieder in seinen letzten Lebensjahren beschäftigt. Daher galt vor allem den Methodenfragen der Natur- und der Sozialwissenschaften immer sein besonderes Interesse.

Vorträge von Ernst Winkler wurden meist zu Höhepunkten der Tagungen. Vor allem konnte er zusammenfassende Darstellungen und Überblicke mit einer Brillanz geben, die gerade auch jüngere Zuhörer zu faszinieren vermochte. Und die zeitlichen Überschreitungen, in die er dabei nicht selten aus Begeisterung über sein Thema geriet, wurden dann auch meist von den gebannt seiner Rede folgenden Zuhörern nicht bemerkt. Aber es war nicht nur das, was er sagte, es war die deutliche Wahrnehmung, daß hier jemand aus persönlicher Überzeugung und mit Enga-

gement für die Sache sprach, die die Zuhörer in seinen Bann zog.

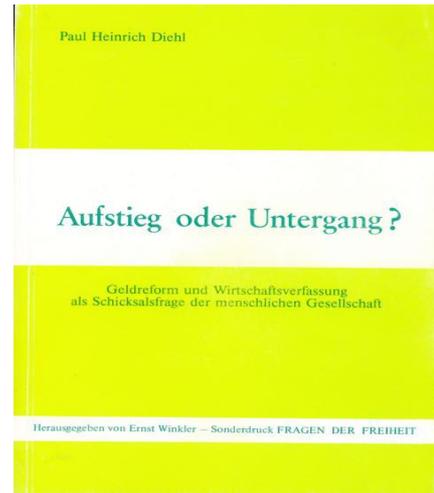
Ernst Winkler wird uns in Erinnerung bleiben als ein Mensch, der von den sozialen und den weltanschaulichen Fragen unserer Zeit tief ergriffen wurde, als ein Mann, der in bewegter Zeit für das stand, was er sagte, und der zugleich immer wieder bereit war, in Frage zu stellen, was ihm bisher wissenschaftliche Überzeugung gewesen war.

\*

Aus dem literarischen Werk Ernst Winklers sei hier auf die Beiträge verwiesen, die er in den »Fragen der Freiheit« veröffentlicht hat:

Titel:	Heft
Demokratie und Wirtschaftsordnung	13
Die Grundsätze des freien Kulturlebens	25
Zur Konjunkturpolitik	38
und eine weitere Seite mit gelisteten Titeln	
... Seite 55 – 58 in FdF Heft 242	
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung	

Fritz Andres, Eckhard Behrens  
Jobst von Heynitz



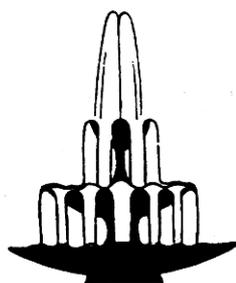
00000

# FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 277/278

Februar 2009



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.  
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73  
Internet: [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

Titel der Umschlagseite: Keine private Macht in einer freien Gesellschaft

Hier Inhaltsverzeichnis und Einführung von Fritz von Fritz Andres

Die Geldreform vollendet den Ordoliberalismus

– Wiederaufnahme eines abgebrochenen Dialogs –

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einführung	
Fritz Andres	
Einführung und Übersicht über die Beiträge dieses Heftes .....	3 - 8
II. Das Problem der privaten Macht in einer freien Gesellschaft	
Franz Böhm	
Das Problem der privaten Macht .....	9-32
III. Tausch, Markt und Wettbewerb	
Fritz Andres	
Der Tausch im Spannungsfeld von Allokation und Distribution	
- Anmerkungen zur Idee der vollständigen Konkurrenz .....	33-44
Franz Böhm	
Das Janusgesicht der Konzentration .....	45-54
Fritz Andres	
Auswirkungen der Unterlegenheit der Ware gegenüber dem Geld auf das	
Verhältnis der Anbieter zu den Nachfragern und der Anbieter unterein-	
ander - zugleich eine Untersuchung über die Quellen der Vermachtung	
der Wirtschaft .....	55-79
IV. Macht und Konzentration auf der Unternehmensebene	
Franz Böhm	
Die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammen-	
fassung .....	80-97
Fritz Andres	
Geldreform und Unternehmensverfassung .....	98-101
V. Ordoliberalismus und Geldreform	
Werner Schmid	
Neoliberalismus und Freiwirtschaft .....	102-116
VI. Schlussbetrachtungen Fritz Andres	
Macht - Recht - Interesse in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft	
.....	117-123
VII. Anhang: Auszug aus der Gewerbeordnung .....	124-125

# Einführung und Übersicht über die Beiträge dieses Heftes

Fritz Andres

## *Die Geldreform vollendet den Ordoliberalismus - Wiederaufnahme eines abgebrochenen Dialogs -*

*Dieses Heft hat es mit dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule und der Geld- und Bodenreformbewegung Silvio Gesells zu tun, zwei Strömungen, die im Ziel einer herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung übereinstimmen, deren Wege zu diesem Ziel in einem bemerkenswerten Ergänzungsverhältnis zueinander stehen und die vor circa 50 Jahren schon einmal in einen Dialog miteinander getreten sind, der aber sehr bald, nachdem er begonnen hatte, wegen äußerer Umstände wieder versandete, ohne dass die Früchte, die in dieser Verbindung veranlagt waren, hätten zu Tage gefördert werden können.*

*Der bisherige Dialog, der 1953 zur Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) geführt hatte, wurde in Heft 273/4 dieser Schriftenreihe mit der Geschichte der ASM bereits dokumentiert. Das vorliegende Heft greift diesen Dialog auf. von ordoliberaler Seite kommt dabei Franz Böhm 1) zu Worte, der den Ordoliberalismus von der rechtlichen Seite her begründet hat. Die weiteren Beiträge 2) stellen teils Ergänzungen der ordoliberalen Sichtweise dar, teils zeigen sie, wie nachhaltig die Geldreform das ordoliberale Instrumentarium ergänzen und zur Erreichung einer herrschaftsfreien Ordnung beitragen würde.3)*

*Statt Vorbemerkungen zu den einzelnen Aufsätzen soll mit dieser Einführung eine Übersicht über das Heft und den Zusammenhang, in dem die Beiträge zueinander stehen, gegeben werden.*

1) Franz Böhm hat außer seiner Habilitationsschrift über »Wettbewerb und Monopolkampf« keine Bücher geschrieben, wohl aber zahlreiche, zum Teil recht umfangreiche Aufsätze. Ein Teil davon ist enthalten in Franz Böhm, Reden und Schriften, Verlag C. F. Müller, 1960 (so der hier abgedruckte Aufsatz über »Das Problem der privaten Macht«) und in Franz Böhm, Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, 1980 (so die beiden weiteren hier abgedruckten Aufsätze). Wir danken den Verlagen für die erteilte Abdruckgenehmigung.

2) Einige der Beiträge wurden nicht für diesen Dialog geschrieben, aber auch noch nicht an anderer Stelle veröffentlicht. Sie wurden hier eingefügt, soweit es mir sinnvoll erschien. Überschneidungen und Wiederholungen waren dabei nicht ganz zu vermeiden.

3) Die Reform der Bodenordnung und ihr Verhältnis zum Ordoliberalismus soll in einem der nächsten Hefte behandelt werden.

( Seite 3 )

Als sich im Jahre 1933 an der Freiburger Universität Walter Eucken, Franz Böhm und Hans Grossmann-Doert begegneten und feststellten, dass sie alle drei auf ihren jeweiligen wissenschaftlichen Arbeitsgebieten am *gleichen Problem, nämlich dem Problem der privaten Macht in einer freien Gesellschaft* 4) arbeiteten, hatte die Geburtsstunde des Ordoliberalismus geschlagen.

Das Problem, das die drei interessierte und zusammenführte, lag damals in der Luft - eine gründliche Problematisierung der privaten Macht war fällig! Denn die im 19. Jahrhundert vorherrschend gewordene Doktrin des sog. Laissez-fair, nach der - stark vereinfacht - der Staat sich nur zurückziehen brauchte, um eine Gesellschaft entstehen zu lassen, in der der Eigennutz der Individuen, »wie von einer unsichtbaren Hand« geleitet (A. Smith), das Wohl des Ganzen herbeiführte, diese Doktrin hatte historisch keine ausreichende Bestätigung gefunden. Nach Erlass der Gewerbeordnung von 1869, mit der die Wirtschaft weitgehend von den Fesseln staatlicher Reglementierung (wie Zünften und Privilegien der vielfältigsten Art) befreit wurde 5), bildeten sich vielmehr in großem Umfang private Machtkörper in Gestalt von Kartellen, Oligopolen, Syndikaten und Monopolen, deren eigennützige Interessenverfolgung ganz offensichtlich keineswegs zugleich dem Wohl der Gemeinschaft diene. Damit wurde deutlich, dass das Einzelinteresse, wenn es sich mit privater Macht verband, in Widerspruch zum Gesamtinteresse geraten konnte und regelmäßig geriet und dass daher eine Ordnung, die den Einzelnen nicht nur vor staatlicher Willkür und Reglementierung, sondern zugleich vor Übergriffen privater Dritter schützen sollte, dem Staat die Aufgabe zuweisen musste, private Macht zu verhindern bzw. zu beseitigen. Mochte das Laissez-fair, vordergründig gesehen, zunächst einmal die Freiheit von staatlicher Reglementierung gebracht haben, so brauchte eine freie Wirtschaft, die den Einzelnen vor der Willkür privater Dritter schützen sollte, offenbar einen starken Staat, der in der Lage war, private Macht wirksam zu bekämpfen. In dieser Erkenntnis hatten sich die Freiburger - hier Ordoliberale genannt - getroffen! Ihr hatte Böhm schon 1928 in seinem Aufsatz

4) So die Formulierung von Franz Böhm in seiner Rückschau »Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts« in Franz Böhm, Reden und Schriften, S.162.

5) Siehe dazu die auszugsweise Wiedergabe einiger Vorschriften der Gewerbeordnung auf Seite 124-125 dieses Heftes.

## Das Problem der privaten Macht

programmatischen Ausdruck verliehen. Mit ihm wird der Dialog zwischen Ordoliberalismus und Geldreform in diesem Heft eröffnet.

An die gemeinsame Problemerkennung der Ordoliberalen schloss sich ihr Bemühen an, für die Gesellschaft eine Ordnung zu finden, die - so weit wie nur irgend möglich - frei von privater Macht war. Für die Wirtschaft bedeutete das eine Ordnung der *vollständigen Konkurrenz* auf möglichst vielen Märkten, die durch ihre Machtfreiheit den reinen Leistungswettbewerb hervorbringt und den Behinderungswettbewerb vermeidet. Es sei an dieser Stelle aber betont, dass mit der vollständigen Konkurrenz zugleich das allgemeine Ziel einer machtfreien Gesellschaft und der Ermöglichung einer Begegnung der Einzelnen als Menschen mitgemeint war und mitverfolgt wurde. Es war also eine nicht nur wirtschafts- und gesellschaftspolitisch, sondern auch kulturell und zivilisatorisch höchst bedeutsame Zielvorstellung, für deren Ausarbeitung und Realisierung sich die Ordoliberalen einsetzten. Auf einige Aspekte der tiefgreifenden Bedeutung der vollständigen Konkurrenz wird im Beitrag

### Der Tausch im Spannungsfeld von Allokation und Distribution - Anmerkungen zur Idee der vollständigen Konkurrenz

in diesem Heft eingegangen.

Manches von dem, was die Ordoliberalen forderten, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durch die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft realisiert, vieles jedoch auch nicht oder verfälscht bzw. späterhin wieder zurückgenommen. Man kann daher keineswegs die Verhältnisse, wie sie sich bis in die Gegenwart hinein entwickelt haben, als dem Ordoliberalismus entsprechend bezeichnen. Vielmehr wurde der Abstand der tatsächlichen Verhältnisse zu dessen grundlegenden Ideen mit der Zeit immer größer, neu auftretende Probleme wurden nicht mehr mit systemkonformen Mitteln angepackt, und so hat sich inzwischen eine ordnungspolitische Gemengelage entwickelt, in der die ordoliberalen Grundlagen in weiten Bereichen kaum noch erkennbar sind.

Die Ordoliberalen haben sich vor allem bemüht, die Elemente herauszuarbeiten, die für die Konstituierung einer machtfreien Ordnung der Wirtschaft erforderlich sind, insbesondere den Wettbewerb als Entmachtungsinstrument par excellence, aber auch die Prinzipien der offenen Märkte, der persönlichen Haftung usw.<sup>6)</sup> Trotzdem war sich Böhm bewusst, dass, wie er sich in seinem Aufsatz über

6) Siehe dazu insbesondere die »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« von Walter Eucken.

## Das Janusgesicht der Konzentration

ausdrückt, gewisse »Konstruktionsfehler der Marktwirtschaft« mit dem ordoliberalen Instrumentarium nicht befriedigend behoben werden konnten.

Unabhängig vom Ordoliberalismus und zeitlich vor ihm hatte sich nun, vor allem im Anschluss an Silvio Gesell, die Geld- und Bodenreformbewegung entwickelt. Auch ihr Ziel war - und ist bis heute - eine von staatlicher Willkür und von privaten Vorrechten freie Gesellschaftsordnung. Ihre Vertreter befassten sich allerdings mit den Problemen der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs nicht im einzelnen, weil sie annahmen, dass durch die beiden von ihnen für notwendig gehaltenen Reformen die Wettbewerbsprobleme einer freien Wirtschaft im wesentlichen mit gelöst würden. Deshalb blieb die Frage weitgehend unbeantwortet, wie sich die Geld-, aber auch die Bodenreform auf die Marktwirtschaft, den Wettbewerb und die Charakteristik der Märkte auswirken würden und ob vielleicht in diesen beiden Reformen die Elemente zu sehen seien, mit denen die »Konstruktionsfehler der Marktwirtschaft«, die Böhm sah, behoben oder doch weitgehend entschärft werden könnten. Die kurze Zusammenarbeit von Geldreformern und Ordoliberalen in der ASM brachte dazu jedenfalls keine über Andeutungen hinausgehende Aufklärung. Um den Dialog zwischen beiden Seiten in diesem zentralen Punkte wieder aufzunehmen, soll mit dem Aufsatz über die

Auswirkungen der Unterlegenheit der Ware gegenüber dem Geld auf das Verhältnis der Anbieter zu den Nachfragern und der Anbieter untereinander - zugleich eine Untersuchung über die Quellen der Vermachtung der Wirtschaft

versucht werden, den möglichen Beitrag einer Geldreform zur Realisierung der vollständigen Konkurrenz und ganz allgemein zur Machtfreiheit der Gesellschaft herauszuarbeiten.

Neben der Ergänzung, die die Geldreform für den Ordoliberalismus auf dem Gebiet der Tauschmärkte erbringen kann, gibt es - gewissermaßen eine Spiralwindung höher - noch ein anderes, etwas versteckteres, aber doch ebenfalls überaus wichtiges Gebiet, in dem die Geldreform dem Ordoliberalismus bei seinem Ziel einer machtbefreiten Gesellschaft entscheidende Hilfestellung geben kann. Es handelt sich um den Bereich der Unternehmensverfassungen. In ordoliberalen Untersuchungen hat er schon immer eine wichtige Rolle gespielt, zuletzt aber einen ganz entscheidenden Anstoß durch einen Aufsatz von Böhm erhalten, den dieser als seine letzte wissenschaftliche Arbeit im Jahre 1981 veröffentlicht hat. Soweit ersichtlich, hat diese Veröffentlichung in der wissenschaftlichen Welt keine nennenswerte,

( Seite 6 )

vielleicht sogar überhaupt keine Resonanz gefunden. Und doch handelt es sich um einen Aufsatz, der in seiner Tragweite für die ordoliberalen Ziele kaum überschätzt werden kann. Es geht um den in diesem Heft abgedruckten Beitrag:

#### Die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammenfassung

Böhm stößt hier ein wichtiges Tor mächtig weit auf, ohne dass es ihm noch vergönnt war, die damit aufgezeigte Problematik weiter zu bearbeiten - er verstarb 1982. Er zeigt, dass die heute in den Rechtsordnungen aller Industrienationen über die Kapitalgesellschaft gegebene Möglichkeit der Unternehmensverflechtung durch Beteiligungserwerb wichtigen Grundgedanken der Privatrechtsordnung widerspricht und dass hier, so schwierig oder vielleicht sogar aussichtslos es zunächst auch erscheinen mag, der Hebel anzusetzen ist, wenn man der schwerwiegenden Verfilzungen und Machtzusammenballungen in der Wirtschaft unserer Tage Herr werden will.

In unerwarteter, aber äußerst wirkungsvoller Weise kommt nun auch auf diesem Felde die Geldreform dem ordoliberalen Anliegen entgegen. Wie in dieser Schriftenreihe schon verschiedentlich dargestellt, sind als mittel- und langfristige Auswirkungen der Geldreform auch grundlegende Veränderungen der Unternehmensverfassungen zu erwarten 7). Um Wiederholungen zu vermeiden, sollen diese hier mit dem Beitrag über

#### Geldreform und Unternehmensverfassung

nur in Kurzfassung rekapituliert werden. Das in diesem Zusammenhang entscheidende Resultat ist, dass die Geldreform auf evolutionärem Wege zu einer Befreiung des Unternehmers aus der Beherrschung durch das Kapital führt und möglicherweise sogar ohne Mitwirkung des Gesetzgebers die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammenfassung obsolet werden lässt. Ordoliberalismus und Geldreform reichen sich damit auch hier die Hand und verbinden und verstärken sich in ähnlicher Weise, wie sie dies auf der Ebene der Tauschmärkte tun oder tun könnten.

7 ) Eine ausführliche Darstellung findet sich in Heft 250 in meinem Beitrag zum Thema »Die Zukunft der Unternehmensverfassung - Wirkungen verbesserter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen«.

---

Aus der Zeit der Zusammenarbeit zwischen Ordoliberalen und Geldreformern stammt die Gegenüberstellung von

#### Neoliberalismus und Freiwirtschaft

von Werner Schmid. Dabei ist zu beachten, dass der Ordoliberalismus damals häufig als Neoliberalismus bezeichnet wurde, weil er sich nicht nur gegen die Zentralverwaltungswirtschaft wandte, sondern zugleich gegen den Liberalismus alter Prägung, d. h. gegen das

Laissez-fair. Der Neoliberalismus heutiger Prägung, von der sog. Chicago-Schule ausgehend, nähert sich aber wieder dem Laissez-fair an und insofern gerade dem, was die Freiburger Schule überwinden wollte. Es empfiehlt sich daher heute, die Ideen der Freiburger Schule nicht mehr als Neoliberalismus, sondern nur noch als Ordoliberalismus zu bezeichnen. 8)

Das Heft schließt ab mit einem schematischen Versuch,

Macht - Recht - Interessen  
in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft im ordoliberalen Sinne zu skizzieren.

Im Anhang sind einige Vorschriften aus der

Gewerbeordnung

aus dem Jahre 1869 bzw. 1871 abgedruckt, die einen Eindruck von der fundamentalen Umorientierung vermitteln können, die die Wirtschaftsverfassung Deutschlands mit diesem Gesetz erhielt. Auch wenn manches mittelalterlich anmutende Relikt, das damit endgültig beseitigt wurde, faktisch schon vorher keine Bedeutung mehr gehabt hatte, so hat doch erst dieses Gesetz, von Böhm als Akt der wirtschaftspolitischen Verfassungsgesetzgebung bezeichnet, der Wirtschaftsverfassung eine neue konzeptionelle Gesamtausrichtung gegeben, mit der verwirklicht werden sollte, was Adam Smith in seinem »Wealth of nations« circa 100 Jahre zuvor als Möglichkeit einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft entworfen hatte.

Abschließend bleibt zu hoffen, dass Ordoliberale und Geldreformer nach über 50 Jahren ihren abgebrochenen Dialog wieder aufnehmen und ihre Gemeinsamkeiten und Potenziale im Interesse einer freiheitlichen Ordnung herausarbeiten, um sie wirkungsvoll in die wissenschaftliche und politische Diskussion einzubringen.

8) Siehe dazu näher Josef Hüwe »Neoliberalismus — das falsche Etikett!« in Fragen der Freiheit, Heft 255, S. 11 bis 13, und Andreas Renner »Die zwei Neoliberalismen« in Fragen der Freiheit, Heft 256, S. 48 bis 64.

Anmerkung von T. A.: Viele Hefte der Fragen der Freiheit stehen digitalisiert im Netz:

<http://fragen-der-freiheit.de/hefte.html>

Chronologisches Verzeichnis: <http://fragen-der-freiheit.de/verzeichnisse.html>

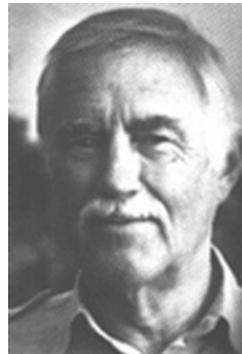
00000

Helmut Creutz

8. Juli 1923 – 10. Oktober 2017

- [Willkommen](#)
- [Meine Vita](#)
- [Aktuelles](#)
- [Artikel](#)
- [Grafiken](#)
- [Stellungnahmen](#)
- [Videos](#)
- [Gesammelte Werke](#)
- [Häufige Fragen](#)
- [Bücher usw.](#)
- [Termine](#)
- [Links](#)
- [In eigener Sache](#)
- [Impressum](#)
- [In memoriam](#)

## Willkommen



Ich freue mich, dass Sie sich für mich und meine Arbeiten interessieren!

Schwerpunkt meiner Untersuchungen und Analysen, die Sie im Menü in vielfältiger Form aufrufen können, sind die Auswirkungen unseres heutigen Geldsystems auf die langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, vor allem im Hinblick auf die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen.

Welches Ausmaß diese Auswirkungen haben, zeigt sich vor allem an den zunehmenden Umweltzerstörungen wie an der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Und die wirtschaftlichen Folgen dürften durch die sich häufenden Konjunkturunbrüche in den letzten Jahrzehnten deutlich geworden sein.

Dass diese Krisen dem Bereich der Banken und Börsen entstammen, ist kein Zufall. Denn hier haben sich – ausgelöst durch die zinsbedingte *"Selbstalimentation der Geldvermögen"* (Bundesbank!) – über die Jahrzehnte hinweg jene Geldvermögensberge angesammelt, die im gleichen Umfang alle Volkswirtschaften zu immer höheren Verschuldungen zwangen. So nahm z. B. die Wirtschaftsleistung in Deutschland von 1950 bis 2005 in realen Größen auf das Achtfache zu, während die Geldvermögen und Schulden auf das 46-fache anstiegen! Aus der Zinsperspektive betrachtet: Im Jahr 1950 steckten in jeder ausgegebenen Mark erst sechs Prozent Zinsen, heute 35 bis 40 Prozent!

Um einer noch schnelleren Verarmung der von Arbeit lebenden Haushalte zu entgehen, sind wir also seit Jahrzehnten zu einem ständigen Wachstum der Wirtschaft gezwungen, das jedoch gegenüber dem Wachstum der monetären Größen immer mehr zurückfiel. Wie bei Pyramidenspielen muss eine solche Entwicklung – aus einfachen mathematischen Gründen – schließlich zum Kollaps führen. Die Größenordnungen der jetzt geplatzten Blasen an Banken und Börsen und der sich darauf aufbauenden Spekulationsexzesse, lassen ermassen, welche

Folgen wir daraus in den nächsten Jahren in der Realwirtschaft zu erwarten haben! ...

[www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut\\_Creutz](https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Creutz)

<https://www.thomaskubo.de/helmut-creutz.html>

00000

Prof. Dr. Dirk Lühr

[https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk\\_L%C3%B6hr](https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr)

<https://www.umwelt-campus.de/dloehr>

Bücher zur Rentenökonomie / Bodenrecht / Henry George George

000000

Prof. Dr. Felix Fuders

Vorsitzender des Vereins Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung



Facultad de  
Ciencias Económicas  
y Administrativas

**Prof. Dr. Felix Fuders**  
Coordinator Right Livelihood College  
Campus Austral

E-mail: [felix.fuders@uach.cl](mailto:felix.fuders@uach.cl)  
Tel.: +56 63 2221601

Los Laureles N°35 Interior  
Campus Isla Teja, Valdivia – Chile

[www.economicas.uach.cl](http://www.economicas.uach.cl)  
<https://rlcollege.uach.cl>

00000



# WERNER ONKEN

**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus -  
Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft  
zu ihrer Dezentralisierung**

Print 2022 im oekom-verlag [Information](#) Online 2019/2020 [Inhaltsverzeichnis und Download](#)

**AKTUELL:** „Militarisierung oder gerechter Frieden – Überlegungen zum Krieg in der Ukraine“ (16.05.2022)

[Kostenloser Download](#)

**AKTUELL:** „Neolithische Revolution, kapitalistische Moderne und was kommt danach?“

Betrachtungen über den Einfluss des feudalen und privaten Bodeneigentums und des Geldes auf die Geschichte (28.10.2022) [Kostenloser Download](#).

Steffen Henke

## **Fließendes Geld für eine gerechtere Welt**

Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen,  
wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat



Tectum

Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen.

Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potentiale für fast alle Gebiete, wie den Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden.

Ziel muss es sein, dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

00000

Zeitschrift *Humane Wirtschaft* [www.humande-Wirtschaft.de](http://www.humande-Wirtschaft.de)

Silvio-Gesell-Tagungsstätte <https://sgt-wuppertal.de/>